



geändert: „Der Kampf um das neue Preußen“. Hier willst du unter Ausschluß der Wahlrechtsfrage alle die andern hohen gesetzgeberischen Aufgaben behandeln, deren Erfüllung an dem alten in das neue Preußen hinüberleiten soll. Es wird wieder nichts. Diesmal erregt das Wortlein „Kampf“ in der Tagesordnung der Versammlung den Anstoß. Du fügst die, auch hier und anders das Thema um: „Im neuen Deutschland“. Nun ist man zufrieden. Inzwischen aber ist der Tag der Versammlung selbst herangefommen und es ist zu spät, noch eine ausführliche Disposition des Vortrages einzureichen. Ohne eine solche aber geht es nicht. Das Ende vom Liede: die Versammlung kann nicht stattfinden.

Schließlich gefingst, dir werden vier Volksversammlungen in und um Saarbrücken genehmigt. Aber nun fehlt wieder die ausführliche Disposition deiner Rede, in der du hier diesmal sogar die Wahlrechtsfrage behandeln darfst. In aller Eile gelingt es dir, eine Schreibmaschine aufzutreiben und abends kann die erste Versammlung, in Döhrle, vor sich gehen. Wie schon im Sommer vor den Gewerkschaftsversammlungen, so macht dir auch jetzt wieder vor jeder Versammlung der überwachende Beamte, der einige Male sogar mit mehreren Stenographen angetroffen kommt, im Auftrage seiner Behörde nochmals eine gründliche Eröffnung über alles, was du sagen darfst und was du nicht sagen darfst. Schriftlich mußt du jedesmal bestätigen, daß du die Eröffnung zur Kenntnis genommen hast und befolgen willst.

Am Morgen nach deiner ersten Versammlung im Saargebiet klingelt wieder das Telefon. Natürlich das Kriegsbüro. „Es tut mir sehr leid, Sie schon wieder bemühen zu müssen, aber Erzellenz wünscht dringend, daß noch einmal wegen der weiteren Versammlungen mit Ihnen persönlich Rücksprache genommen wird.“ „Können wir das nicht telefonisch erledigen?“ „Leider ganz unmöglich! Sie müssen schon die Güte haben, noch einmal heraufzukommen.“ „Seufzend machst du dich wieder auf den Weg. Solltest du gestern abend etwa „zu spät“ getreten haben? Doch nein — den antilichen Bericht über deine gestrige Rede haben die Herren trotz mehrfacher Bemühungen noch nicht erhalten können. „Erzellenz“ wünscht sich nur noch einmal zu vergewissern, ob du auch nicht etwa — „unabhängige Tendenzen“ in deinen Versammlungen zu vertreten gedenkst! Schließlich sind die beiden freundlichen Leutnants zufriedengestellt und auch die drei letzten Versammlungen werden nunmehr endgültig genehmigt. Die dritte und vierte allerdings nur unter Ausschluß der Diskussion. Daran vermag auch deine Bemerkung, daß am ersten Abend eine Debatte mit einem nationalliberalen Wortführer durchaus sachlich und würdig verlaufen sei, nichts zu ändern. . . .

Sol! Das sind ein paar nackte Tatsachen aus dem preussischen Versammlungsleben in den letzten Monaten. Da hat man sich nun seit vier Jahren die Finger wund geschrieben und die Kehle heiser geredet, um den Massen Marxismus, daß es gilt, in diesem Verteidigungskampfe Deutschlands die Bühne zusammenzubereiten und — trotz alledem und alledem — so lange durchzuhalten, bis der Vernichtungswille der Feinde gebrochen ist. Man hat das wahrlich nicht den herrschenden Gewalten zu Liebe getan, sondern ausschließlich um des Landes und des Volkes selbst willen. Immer wieder hat man die wankende Stimmung mit der aus ehrlicher Ueberzeugung kommenden Besichtigung aufrechtzuerhalten versucht, daß aus dieser Weltkatastrophe ein neues und freies Deutschland, ein neues und freies Preußen hervorgehen müsse und hervorgehen werde. Und nun muß man erleben, wie einem auf Schritt und Tritt berufene Vertreter der Staatsgewalt selbst bei dieser Arbeit für den Staat Steine in den Weg und Knippen zwischen die Beine werfen! Alles, was an Staatsgesinnung und Vaterlandsgelübde in den Massen in diesen Kriegsjahren gewachsen ist, schlagen diese verblendeten Menschen mit Dreifachlegeln wieder kurz und klein. Es ist einfach zum Heulen! Das ganze alte reaktionäre Mißtrauen gegen das Volk und seine Wortführer, das wir im ersten Kriegsjahre glücklich überwunden glaubten, steht heute wieder in voller Blüte. Die alte bürokratische Bevormundungsjucht feiert Orgien wie nie zuvor. Nichts, aber auch gar nichts, glaubt man dem politischen und vaterländischen Verantwortungsgefühl der Redner selbst überlassen zu sollen. Was du gestern darfst, wird dir heute ohne Angabe von Gründen verboten, was in A. unbedenklich gestattet ist, gilt eine halbe Stunde davon, in B. für den Gipfel der Staatsgefährlichkeit. Und von Monat zu Monat wird das alles schlimmer statt besser. Man wird von den Massen einfach ausgelacht, wenn man da immer noch von dem Herauskommen eines neuen Preußen zu sprechen wagt! Wie katastrophal das Anwachsen einer solchen Stimmung gerade in diesen kritischen Wochen wirken muß, bedarf keiner näheren Auseinandersetzungen.

Was sagt zu alledem der für die Politik des Reiches und seines führenden Bundesstaates verantwortliche Graf Hertling? Was sagen dazu die preussischen Reformminister Dr. Friedberg und Dr. Drewß? Was sagt dazu der Bischof Herr v. Bayer? Haben diese Herren nicht die Macht, derartige Dinge zu verhindern — nun wohl: so gebietet es politische Klugheit und politische Ehre ihnen, lieber heute als morgen von ihren Ämtern zurückzutreten. Dann lieber die offene Militärdiktatur, als die Fortdauer dieses unwürdigen Zwitterszustandes!

Der gerade versammelte Hauptausschuß des Reichstags täte sehr gut daran, sich auch mit diesen Dingen recht eingehend zu beschäftigen!

## Die Baku-Frage.

Konstantinopel, 23. September. (Meldung der Agentur Milli.) Der Sitz der Regierung von Aserbeidschan ist nach Baku verlegt worden. Die Bewohner dieser Stadt, die seit Monaten den Grausamkeiten und Gewalttätigkeiten der von den Engländern unterstützten Vanden ausgeliefert waren, haben die Befreiungstruppen mit großem Jubel empfangen. In der Stadt herrscht wieder Ruhe.

Zu der russischen „Jowestja“ ergeben gegen die Befehle von Baku, die als türkische Anexion angesehen wird, die heftigsten Angriffe, die sich nicht gegen die Türkei allein richten. Rassistisches Uebertreten des Brester Vertrages wird der Türkei vorgeworfen und angeklagt wird, die russische Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um Baku, ohne dessen Rappha ein Teil der russischen Fabriken und Eisenbahnen stillstellen müssen, den Händen der türkischen Entwender wieder zu entreißen.“ Derlei Proteste werden aber, wie die Konstantinopeler Mel-

bung zeigt, zunächst in den Wind geschlagen. Die Nachricht, daß die Tatarenregierung von Aserbeidschan, die auch in Rußland nur als vorgeschobener Spielheifer der Türken angesehen wird, Baku gewissermaßen zu seiner Hauptstadt gemacht hat, muß nach Lage der Dinge wie eine höhnende Demonstration gegen die russischen Ansprüche wirken. Daß Baku englischen Händen entrisen wurde, ist gut und war notwendig, aber die Bakufrage, die dafür eingetauscht worden ist, nimmt der Verringerung der Lage im kaukasischen Osten einen Teil des Wertes, den sie hat.

## Der amerikanisch-englische Schiedsvertrag.

Washington, 24. September. Reuter. Lansing und der britische Geschäftsträger tauschen die Ratifikationen des Abkommens über den zehnjährigen amerikanisch-englischen Schiedsvertrag aus.

## Das südslawische Problem.

### Keine endgültige Entscheidung.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ erhält von unrichtigster Seite folgende Mitteilung über die Pläne zur Ordnung der südslawischen Frage:

Im feindlichen Ausland sind vielfach Gerüchte verbreitet, als ob die Abreise nach nicht zum Abschluß gebrachten Beratungen über die Lösung der südslawischen Frage das Ergebnis gebracht hätten, Bosnien und die Herzegowina dem ungarischen Staatswesen einfach einzuverleiben. Keiner der maßgebenden Faktoren sah solche Lösung ins Auge, und welches immer das Ergebnis der Beratungen sein sollte, so wird die Lösung doch keinesfalls in der Weise herbeigeführt werden, daß Bosnien und die Herzegowina der Regierung und Verwaltung Ungarns einfach einverleibt werden. In Erwägung gezogen allerdings ist die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Länder der ungarischen Krone in der Weise, daß die genannten Provinzen ihre volle Autonomie der Regierung und Verwaltung behalten und ein staatsrechtliches Verhältnis herbeigeführt werde, wie es etwa jenem von Serbien und Montenegro zu Ungarn entspricht. Bosnien und die Herzegowina würden nach wie vor autonom verbleiben wie Serbien und Montenegro. Beide Teile des ungarischen Staates würden geforderte Abordnungen zum ungarischen Reichstage entsenden und auf dem Wege über die Delegationen an der Regierung der Monarchie teilhaben.

Nicht das ist das Wesentliche, daß Bosnien und die Herzegowina eine relative Selbstständigkeit in ungarischen Staat geziehen, sondern daß diese Lösung die staatliche Zersplitterung der Südslawen vereitelt und damit diesen Herd dauernder Unruhe warm erhält. In Österreich werden die ungarischen Pläne mit offenem Mißbehagen aufgenommen, weil von der Vorherrschaft Ungarns in Bosnien und der Herzegowina schwere Nachteile für die österreichische Industrie befürchtet werden.

## Hervé aus der Partei ausgeschlossen.

Paris, 24. September. Die „Progrès de Lyon“ meldet, hat der Schiedsgerichtsausschuß der Sozialistenpartei mit vier gegen drei Stimmen den Ausschluß Hervés, des Chefredakteurs der „Victoire“, aus der Partei beschlossen.

Der Kampf um die Parteizugehörigkeit Hervés spielt seit dreihalb Jahren. Hervés Anschließung an die kommunistischen Kriegsführer machte die jetzt getroffene Entscheidung längst zu einer Notwendigkeit. Daß die französische Partei nicht schneller zu dem jetzt gefällten Urteil kam, ist bedenklich, denn Hervés Kriegshaltung hat zweifellos die Anstrengungen, eine internationale Annäherung der sozialistischen Parteien herbeizuführen, in Frankreich schwer gemacht. Nur allmählich hat sich der Einfluß Hervés in der französischen Partei gemindert. Aus den Abstimmungsziffern des Schiedsgerichts ist zu schließen, daß auch jetzt noch der Anhang des einst auf der äußersten Linken stehenden Mannes erheblich ist. Daß aber jetzt eine Mehrheit gegen ihn urteilt, wird als ein Zeichen des Umsturzes, der sich in der französischen Partei vollzogen hat, gebucht werden dürfen. Die Forderung des internationalen Wiederfindens der durch den Krieg voneinander gerissenen sozialistischen Parteien dringt schrittweise in Frankreich vor. Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist dem Uebertritt von Hervés, der sich als ein Schildknappe aller den Krieg zum Neupersten aufstrebenden Hauptlinge Frankreichs bewährte, eine nicht geringe symptomatische Bedeutung zuzusprechen.

## Die russischen Bürgerkriegsfronten.

An der nördlichen Front dauert nach den Sowjetberichten das Vorgehen des Feindes an. Der Angriff des Gagners auf dem rechten Ufer der nördlichen Däna im Rajon Kollas wurde zum Stehen gebracht. Im Bezirk Talma auf dem Nordostufer des Ladogasees wurden verstärkte Erkundigungen der Grenzwege von Seiten der Deutschen festgestellt. An der Ostfront, im Bezirk von Kasan, haben die Sowjettruppen auf dem linken Wolgaufer die Stadt Laischow besetzt. Im Bezirk von Simbirsk wurde Silulei besetzt. Im Bezirk von Syran setzen die Sowjettruppen ihr Vorgehen vom Süden her auf die Stadt fort. Von der Südfont wird gemeldet, daß die Rätegruppen von feindlicher Uebermacht in der Richtung auf Pawarino zum Rückzuge gezwungen wurden. Die Stadt Kowchopersk wurde vom Feinde besetzt.

## Anglo-französische Rubelmillionen für die Tschechoslowaken.

Moskau, 24. September 1918. (RTA) Laut Nachrichten der Zeitungen aus Pensa ist es der tschechoslowakischen kommunistischen Partei gelungen, einen Teil des Archives, der den Tschechoslowaken gehört, in die Hände zu bekommen. In der Zeitung „Prulopni! Sloboda“ (Wort der Freiheit) vom 27. Juli werden Tatsachen veröffentlicht, die die wahren Ursachen des gegenrevolutionären Aufstandes des tschechoslowakischen Armeekorps klarlegen.

Diesen Tatsachen zufolge fand eine Einigung mit den Verbündeten Ende Februar oder Anfang März statt. Am 7. März zahlte der französische Konsul eine Summe von drei Millionen Rubel an den nationalen Rat ein. Die genannte Geldsumme nahm ein gewisser Herr Schip, ein Mitarbeiter des Nationalrates, entgegen. Am 9. März erhielt derselbe Herr noch weitere zwei Millionen, am 25. März eine Million und am 26. März wurde dem Gehilfen des Vorsitzenden des Nationalrates, Herrn Boguski-Tschernak eine Million übergeben, am 30. März erhielt Herr Schip dann noch eine Million. Die Totalsumme der vom französischen Konsul vom 7. März bis zum 4. April gezahlten Gelder beträgt also acht Millionen Rubel. Außerdem wurden ohne Angabe des Datums folgende Summen ausgeteilt: Herrn Schip 2 Millionen und an Herrn Tschernak eine Million. Ferner erhielt eine Person, deren Namen nicht genannt ist, 188 000

Rubel. Das macht eine Summe von 8 188 000 Rubel. Mit den obengenannten acht Millionen entsteht also die runde Summe von 11 188 000 Rubel. Auch der englische Konsul beteiligte sich mit einem Betrage von 80 000 Pfund Sterling.

Vom 7. März bis zum Ausbruch des Aufstandes zahlten die anglo-französischen Regierungen gegen 15 Millionen Rubel an die Führer des Nationalrates, die also die tschechoslowakische Armee an den anglo-französischen Imperialismus verkauften.

Am nun den Soldaten Sand in die Augen zu streuen, wurde diesen ihre frühere Löhnung, vom ersten Tage der Gegenrevolution angefangen, von 5 Rubel monatlich auf 200 Rubel bei voller Beschäftigung erhöht. Auch die Offiziere, die vorher dasselbe Gehalt bezogen, erhalten jetzt Riesensummen deren richtiger Betrag nicht genau festgestellt worden ist.

## Westlich von St. Quentin.

Französischer Bericht vom 24. September abends. In der Gegend westlich von St. Quentin machten die französischen Truppen in Verbindung mit der englischen Armee heute morgen neue Fortschritte. Sie bemächtigten sich Francilly-Seleny, des Vorpostens von Dallon und des Dorfes Dallon trotz des energischen Widerstandes der Deutschen. Mehr im Süden trugen die Franzosen ihre Linien bis an den Westrand von Wiffecourt vor. Die Franzosen machten mehr als fünf-hundert Gefangene und erbeuteten eine große Anzahl Maschinengewehre. An der Vesle-Front gelang es den Deutschen im Verlauf eines heftigen Angriffs, in der Gegend von Olenes in den vorgeschobenen Stellungen der Franzosen Fuß zu fassen. Ein Gegenangriff der französischen Truppen stellte ihre Linie vollständig wieder her und brachte ihnen fünfzig Gefangene ein.

Englischer Heresbericht vom 24. September abends. Wir führten heute früh im Zusammenwirken mit den Franzosen eine gelungene Unternehmung im Abschnitt von St. Quentin aus. Beim Morgengrauen griffen englische Truppen auf einer Front von über vier Meilen von der Gegend des Omignonbaches aus südwärts an. Gute Fortschritte wurden längs dieser ganzen Front erzielt und etwa achthundert Gefangene von uns gemacht. Auf starken Widerstand stießen wir an einer Anzahl von Punkten, besonders in der Gegend von Seleny, wo der Kampf noch andauert. Ein örtliches Gefecht fand heute noch nordöstlich Seleny statt, dessen Ergebnis eine leichte Verbesserung unserer Linien war. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

## Die Operationen in Mazedonien.

Sofia, 24. September. Generalstab-Bericht vom 23. September: Mazedonische Front: Im oberen Stumbitale drangen unsere Stoßtruppen in feindliche Gräben, von wo sie mit französischen Gefangenen zurückkehrten. An der Kozra Planina und bei Tschervena Stena wurden mehrere feindliche Sturmabteilungen durch Feuer zerstreut. Nördlich von Bitolia griffen feindliche Bataillone nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Stellungen an, sie wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgewiesen. An der Terna-Mündung verstärkte sich die Feuer-tätigkeit. An der übrigen Front mäßige Kampftätigkeit. Nördlich von Bitolia warfen feindliche Pflieger Bomben auf Militärkasernen, die deutlich erkennbar die üblichen Abzeichen trugen.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, daß Generalstabchef Burmoff Pressvertretern eine längere Erklärung über den Gang der in Mazedonien begangenen Operationen gab. Dem Feinde, sagte er, ist es um den Preis außerordentlich schwerer Verluste gelungen, die bulgarische Front zu durchbrechen und in gewisser Ausdehnung Boden zu gewinnen. Die Räumung dieser Zone wurde vom Oberkommando angeordnet, um die Armee der Nation in unmittelbarer Schloßkraft zu erhalten und im entscheidenden Augenblicke zur Verfügung zu halten. Unsere Nachhut leistete den feindlichen Truppen sehr empfindliche Verluste zu.

Einen anderen Stoß richtete der Gegner gegen unsere Stellungen zwischen dem Wardar und dem Dojransee, wo er beachtliche, unsere Linien zu durchbrechen, in unsere hinteren Verbindungen einen Einbruch zu machen und für unsere westlich vom Wardar stehenden Truppen eine schwierige Lage zu schaffen. Aber trotz großen Aufwandes an Munition und der Teilnahme bedeutender Streitkräfte brach der Stoß des Feindes an dem Widerstande der neunten Division. Die Gegner erlitten Verluste, die auf mindestens acht bis neuntausend Tote und Verwundete geschätzt werden können. Unsere ausgezeichnete Lage in diesem Abschnitt gestattete uns wohl, diesen glänzenden Erfolg auszunutzen; aber immerhin haben wir aus den gleichen Gründen von Operationen ab, die uns zwar großen Erfolg bringen konnten, aber mit verhältnismäßig erheblichen Opfern hätten erkauft werden müssen.

General Burmoff spornte alsdann zu „tiefergehender Geschlossenheit zwischen allen Dingen“ an.

Französischer Orientbericht vom 23. September. Die Verfolgung dauert an der ganzen Front Monastir-Beles an. Die feindlichen Abteilungen, gedrängt durch unsere Vorhuten, beunruhigt durch Kavallerie sowie mit Maschinengewehrfeuer und Bomben durch die alliierten Flieger belegt, ziehen sich in der größten Unordnung auf Beles, Ntip und Strumitza zurück. Auf dem linken Flügel drängen die alliierten Streitkräfte, die von der Monastirfront vorgehen, den Feind auf den albanischen Ebenen zurück. Französische Kavallerie ist am 23. September in Prilep eingezogen; sie fand die Stadt unverteilt vor und bemächtigte sich ungeheurer Vorräte. Weiter nördlich gingen die französisch-serbischen Streitkräfte über die Straße Prilep-Gradsko hinab und bedrohen die Straße Prilep-Beles. Im Zentrum stellten die serbischen Truppen, die den Wardar auf mehreren unverteilteten Brücken zwischen Demirap und Gradsko überschritten, einen großen Widerstand nördlich vom Ruffe her. Wir sind im Besitz der Orte Enish, Oba, Kocobodgali, Vostren und Jbirik. Auf dem rechten Flügel erreichten die alliierten Truppen die heiderseits des Wardar vorgehen, die Linie Petrose, Vardovica, Chinarti und Karaogular. Am Dojran-See wächst die Zahl der Gefangenen unauflöflich. Ueberall wurde beträchtliches, oft unverschertes Kriegsgerät ausgehoben. Am 22. September wurden etwa zehn Geschütze, darunter die Mehrzahl schwere, erbeutet. Bei Kriwolak erbeuteten die Serben außer der bereits gemeldeten Menge neue Flugzeuge und Automobile sowie bedeutende Lager von Benzin und Lebensmitteln.

Französischer Orientbericht vom 24. September. Die Verfolgung wird auf der ganzen Front von Monastir bis an den Beles-Bergen fortgesetzt. Der Feind zieht sich in großer Aufzählung in Richtung auf Beles, Ntip, Strumitza zurück. Französische Kavallerie ist am 23. September in Prilep eingedrückt. Die Zahl der Gefangenen ist weiterhin ständig im Wachsen. Ein Dutzend Geschütze, darunter einige schwere, wurden erbeutet.

Der Anwerbepflicht in Irland mißlungen. Dem „Newe Rotterdamse Courant“ vom 23. September (Abendausgabe) wird aus London gemeldet: „Nach freundschaftlichen Besprechungen sollte Irland von der Dienstpflicht befreit werden, wenn sich vor dem ersten Oktober 50 000 Irren freiwillig melden würden. Der Anwerbepflicht ist aber völlig mißlungen, denn bisher haben sich nur 7 000 Mann gemeldet. Der lokale Teil Irlands, Ulster, hat sich ebenso gleichgültig wie der nationalistische Teil verhalten. Verfaßt, das lange hinter Dublin zurückbleibt, steht jetzt an erster Stelle, aber die Anmeldezahl aus den protestantischen Landstrichen Armagh, Caban und Monaghan ist laut „Morning Post“ bescheiden niedrig.“

# Der Hauptausbruch gegen den Kriegsminister.

Am Mittwoch kamen die Vertreter der einzelnen Parteien zum Wort; als erster sprach

### Abg. Gröber (Z.):

Die militärische Lage ist nicht günstig, aber in einem Kriege von dieser Dauer muß man mit Misserfolgen rechnen, die indes einen Pessimismus keineswegs rechtfertigen können. Wir dürfen zu unseren Truppen volles Vertrauen haben. General v. Wrisberg hat über die Ursachen der Misserfolge keine befriedigende Auskunft gegeben. Das muß nachgeholt und zum Gegenstand einer Erörterung gemacht werden. Die Festigkeit der inneren Front hängt ab von dem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volk. Die Rede Payers in Stuttgart bedeutete die Umschreibung eines Programms der Regierung. Es ist ein Verdienst des Kanzlers, diese Übereinstimmung zwischen Regierung und Heeresleitung erzielt zu haben. Wir sind bereit, auf den Boden dieses Programms zu treten. In manchen Dingen hat die Regierung verjagt, das liegt an dem

### Zweispalt zwischen Regierung und hohen militärischen Stellen.

Dieser Zweispalt hat unseren Gegnern Anlaß gegeben, die Ehrlichkeit der Regierung in Zweifel zu ziehen. Es ist die letzte Stunde, in der dieser Widerspruch beseitigt werden muß, sonst schallt uns ein: Zu spät entgegen. Bedarf es dazu außerordentlicher Mittel, dann müssen sie angewendet werden! Die Regierung darf sich in die inneren Verhältnisse Finnlands nicht einmischen und keine Garantie übernehmen für den Thron, der dort errichtet werden soll. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Osten muß gewahrt werden, dann wird es zu einer Nachprüfung der Verträge nicht kommen. Die Verträge im Osten sind abgeschlossen und bestehen zu Recht. Diese Völker wollen nicht mehr zu Russland, sie haben bei uns Schutz gesucht und gefunden. Für das Schicksal dieser Völker dürfen dynastische Interessen nicht maßgebend sein, und damit ist die Frage einer Personalunion mit Preußen erledigt. Zu einem modernen Staatsleben gehört auch die Selbstverwaltung. Das bedeutet, daß mit der militärischen Verwaltung Schluss gemacht werden muß. Das jetzige System bedeutet eine Unterdrückung, keine Befreiung. Gibt man diesen Völkern ihre Rechte, dann werden sie selber eine Revision der Verträge ablehnen. Am schlimmsten hat die überlebende Art der Germanisierung gewirkt; man darf auf diesem Gebiet keinen Zwang ausüben. Unerhört ist es, daß man diesen Völkern verbietet, mit deutschen Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu treten. Hat man doch den Mitgliedern der Landtage verboten, bei ihrer Anwesenheit in Berlin mit Zentrumsabgeordneten zu sprechen. Nicht minder ist es unerhört, daß die polnische Frage noch immer nicht gelöst ist. Das hängt zusammen mit der Behandlung der Polen in Preußen. Auf dem Gebiet der inneren Politik ist das Kernstück die Handhabung des Belagerungszustandes. Der Gipfel der verkehrten Maßnahmen ist erreicht worden mit dem

### Erlaß des preussischen Kriegsministers

gegen die öffentliche Erörterung eines Verständigungsfriedens. Der Kriegsminister fordert die Behörden auf, solche Versammlungen zu verbieten. Dabei stehen die davon betroffenen Kreise auf dem Boden der von der Regierung gebilligten Reichstagsentscheidung. Der Kanzler ist mit diesem Erlaß nicht einverstanden. Genau so liegt es mit dem Verbot, in öffentlichen Versammlungen das preussische Wahlrecht zu erörtern. Dem Herrenhausmitglied Stegerwald hat man verboten, in Münster über die Wahlrechtsvorlage zu reden. Man verbietet also eine Unterstützung der Regierung. Der Kanzler muß diese Widerstände brechen, er darf es nicht dulden, daß seine Politik von militärischer Seite durchkreuzt wird.

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Der Kanzler hat bei seinem Amtsantritt gemeint, er habe zwar politische Gegner, aber keine persönlichen Feinde. Letzteres dürfte heute noch zutreffen; aber die Zahl seiner Gegner ist zweifellos gewachsen. Unsere Angriffe gegen die Regierung des Grafen Hertling haben mit persönlicher Feindschaft nichts zu tun. Unsere Gegnerschaft ist durchaus sachlich. Wir beklagen zunächst, daß der Reichskanzler vieles nicht verbietet und anderes nicht durchgesetzt hat. Das letzte Jahr war das schlimmste, das das deutsche Volk jemals erleben mußte. Viele Hoffnungen sind zerbrochen worden und dem Frieden sind wir nicht näher gekommen. Man meinte, nach Abschluß des Friedens im Osten, daß nunmehr eine militärische Hebermacht für den Westen vorhanden sei. Auch darin hatte man sich getäuscht. Maßgebende Kreise haben aber unter dem

### Unterdrückung des Gegners

gelitten und diese Unterdrückung ist dem deutschen Volke durch unsere Militärs ganz suggestiv beigebracht worden. Mag sein, daß die Militärs selber davon geglaubt haben, sonst würden sie wahrscheinlich die letzte Offensive unterlassen haben. Jetzt müssen wir zusehen, wie die Gegner sich geradezu in einem Siegestaumel befinden. Die bei unserem Gegner jetzt bestehenden Illusionen wirken auf alle Fälle kriegerisierend. Die Erklärungen, die General von Wrisberg über die militärische Situation gab, waren ganz ungenügend. Alles, was er sagte, hat schon längst in der deutschen Presse gestanden. Im englischen und im französischen Parlament ging man ganz anders vor. Dort forderte man mehr als einmal von der Militärverwaltung ganz kategorisch Auskunft, die dann in Geheimhaltungen erstickt wurde. Wir sind keine Freunde dieser Geheimnistuerei. Wenn es aber nicht anders möglich, sind wir bereit, in einem engen Zirkel die entsprechenden vertraulichen Aufklärungen entgegenzunehmen. Es ist nicht gelungen, wie den Militärs es vorzuschwebte, den Gegner zu zerstückeln. Wir werden im Gegenteil alles tun müssen, um nicht selber zerstückelt zu werden. Der Kampf gegen das Weibchen bestimmt ist ein Kampf gegen das ganze militärisch-autokratische System. Für die Militärs gilt der Krieg verloren, wenn sie nicht gewaltige Heute und Nachtwachen heimbringen können. Für uns dagegen gilt der Krieg gewonnen, wenn er den Bestand des Reiches sichert und uns Freiheit im Innern bringt.

Der Vizekanzler von Kaiser hat in seiner Stuttgarter Rede versucht, die Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Er ging sogar so weit, seine Rede mit der Rede Solts in Einklang bringen zu wollen. Das war an sich ein schwieriges Beginnen, um so mehr, als Staatssekretär Solts viel leichtfertiger anders geredet hätte, wenn ihm die Zusatzverträge bekannt gewesen wären. Es ist auch sehr bezeichnend, daß Staatssekretär Solts als Mitglied der Regierung von diesen Verträgen nichts gewußt hat. Herr v. Payer hat aber auch bemerkt, sich klar auszudrücken und gerade damit hat er auf Seite unserer Gegner den Vorwurf der Zweideutigkeit ausgelöst. Der Einsatz unserer ganzen Kraft ist im Westen einfach deshalb nicht möglich, weil deutsche Truppen als Folge unserer Ostpolitik in erheblicher Zahl im Osten festgehalten werden. Wir halten nach wie vor den Dreier Frieden für ein schwerwiegendes Friedenshindernis. Trotz des Friedensschlusses strebt man an, die Demarkationslinien nach der Kurmanische vorzuschieben. Es wurde sogar der abenteuerliche Plan propagiert, ganz Rußland zu besetzen. Die Regierung war vernünftig genug, davor abenteuerliche Gelüste abzulehnen. Das genügt aber nicht. Die Regierung muß jene Herren, die für solche Pläne eintraten sind, klar und deutlich von sich abschütteln. Die Zusatzverträge zum Dreier Frieden und

### das finnische Königsdiel

waren schwere politische Fehler. Der Plan, dem Kaiser den Herzogshut Kurlands zu verschaffen, darf wohl endgültig als erledigt angesehen werden. Diesen Plan hätte der Kaiser nur auf eigene Rechnung und Gefahr verfolgen dürfen. Die Zeit ist unvordringlich vorbei, wo die Völker bereit waren, für dynastische Interessen ihr Blut zu vergießen. Der Landgraf von Hessen, der da glaubt, daß die Finnen ihn als König haben wollen, ist preussischer Offizier. Wer hat ihm erlaubt, mitten im Weltkrieg seine Nationalität abzulegen? Mitglieder des deutschen Reichstages dürfen nicht in das Ausland reisen; warum aber erlaubt man nun diesem preussischen Offizier ins Ausland zu gehen, um dort in ein Abenteuer verwickelt zu werden, das die weittragendsten Folgen haben kann? Kein Zweifel, daß die ganze Sache von militärischer Seite eingeleitet wurde. Auf die Ostpolitik übergehend fordert unser Redner, man gebe den Völkern im Osten das weitestgehende Selbstbestimmungsrecht. Es geht nicht an, Völker erst zu binden und sie dann erst zu befragen, wenn an den Dingen nichts mehr geändert werden kann. Kann die Regierung diese Politik nicht verhindern, dann

### soß sie abtreten.

Rühlmann hat gehen müssen, weil er eine Woche zu früh sagte, was dann auf einmal alle Generale glaubten sagen zu müssen. Die Entlassung Rühlmanns hat an der Front eine ungemein böse Wirkung ausgeübt. Die Soldaten sind keine unwissende Menge. Der Krieg war für sie ein Erzieher. Sie haben gelernt und vermögen sehr wohl die politischen Vorgänge genau zu beurteilen. Herr von Hinzpfe ist von den Alldeutschen fürnehmlich begrüßt worden. Der Jubel hat sich gelegt; denn es hat sich gezeigt, wie wenig Bedeutung eine einzelne Person für sich in dem gewaltigen Betriebe dieser aufsergewöhnlichen Zeit hat. Das Verhalten der deutschen Regierung in der Angelegenheit der

### Österreichischen Note

war einigermaßen befremdend. Die Vorgänge haben gezeigt, daß ein Spalt in das Bündnis gekommen ist. Die Gegner sehen alles daran, diesen Spalt zu erweitern. Dem muß die deutsche Regierung durch ihr ganzes Verhalten einen Riegel vorschieben. Die scharfe Kritik des Abg. Gröber war durchaus berechtigt. Was ist das für ein Zustand, wenn eine Regierung sich zu einem letzten Programm bekant und der Kriegsminister dann auf eigene Faust alles das hinterdrein. Das bedeutet geradezu einen Faustschlag in das Gesicht der Regierung und

### es ist geradezu unfassbar, daß dieser Kriegsminister noch im Amt sein kann.

Gegen die Regierung muß der schärfste Vorwurf erhoben werden, weil sie das eigenmächtige Eingreifen des Kriegsministers nicht verhindern konnte. Genau so liegen die Dinge in der Flamen-Politik. Die Zivilregierung trifft Maßnahmen, die Flamen, die man aus irgend einem Grunde bei der Stange hält, erheben dagegen Einspruch und die militärischen Stellen erklären dann, daß sie gar nicht daran denken, die Anordnungen der Zivilregierung zu verfolgen. Sie werden das in die Form:

### Lubendorff regiert und nicht Hertling.

Und wie haßt der Militarismus bei und im Landel Redner bespricht die Vorgänge in der von den unabhängigen einberufenen Wählerversammlung für den ersten Berliner Wahlkreis. In dem Moment, in welchem Abg. Haase reden wollte, kommt ein Postgeleitnant und verbietet das. Wir haben gegen dieses unerhörte Vorgehen sofort bei der Regierung den schärfsten Protest erhoben. Ihm, Redner, sei fürzlich in einer Versammlung in Essen direkt verboten worden, auch nur ein Wort über das preussische Wahlrecht zu sagen. Im Auftrag des Militärs verbietet

### irgend ein Postgeleitnant

einem Abgeordneten über eine Frage zu sprechen, die heute die ganze deutsche Oeffentlichkeit betragt. Die Regierung weiß das alls, sie ist aber diesen militärischen Hebergriffen gegenüber vollständig machtlos. Genau so wütet die Zensur.

Ueber die Abreise des Petrows der Ukraine aus Berlin durfte nicht berichtet werden, die Veröffentlichung von Ausdrücken der russischen Regierung wird verboten, selbst die gewiß sehr zahme „Gilt“ des Herrn Kaumann verfiel einem Verbot. Nachrichten aus der Ukraine dürfen nicht gebracht werden. Mitteilungen über die finnische Königsdiel wurden unterdrückt. Auf diese Art wird die Stimmung im Lande in geradezu blödsinniger Weise heruntergedrückt. Die Bemühungen militärischer Kreise, jede freie Bewegung im Volke einfach niederzuknütteln, haben dazu geführt, daß die Stimmung an der Front immer schlechter wurde. Die Siegesalloholiker sind heute merkwürdig ruhig geworden, an Stelle ihres Raunens ist der Rosenjammern getreten. Die schlechteste Stimmung findet man nicht einmal bei den Arbeitern, sondern im Mittelstand, in Beamtenkreisen und bei den Bauern. Angesichts der immer drohender sich erhebenden Militärdiktatur muß es heißen:

### Halt mit den Nebenregierungen!

Die Militärs mögen sich auf ihre Pflichten und Aufgaben beschränken, sie mögen tun, was ihres Amtes ist. Wir haben gesagt, was das Programm einer Regierung beschaffen sein muß, wenn sie auf unsere Unterstützung rechnen will. Wir werden heute schon mehr als genug unter den Führern, die gemacht worden sind. Nicht zum wenigsten in der belgischen Frage. Wie konnte der Kanzler Ausföhrungen

### über Belgien

machen, wie wie sie gestern von ihm gehört haben? Redner zitiert eine Reihe von Stellen aus dem Buche Erzbergers über das belgische Problem. Wenn der Kanzler für einen Völkerverbund ist, dann muß er auch zugeben, daß begangenes Unrecht wieder gutgemacht werden muß. Wäre man wirklich vor vier Jahren in Belgien einmarschiert, wenn man gewußt hätte, daß dieser Weg nicht nach Paris führt? Dätte man unseren Warnungen zum Trob den rückwärtslosen U-Boot-Krieg auch dann beschloßen, wenn man gewußt hätte, daß man England nicht in die Arme zwingen kann und daß die amerikanischen Millionenheere nach Europa kommen? Alles besser, die von den Militärs gemacht wurden!

Wir vermögen die Zusatzverträge von Brest-Litowsk nicht zu billigen, und wir verurteilen mit aller Schärfe das Verhalten in der Frage der

### Wahlreform in Preußen,

das geradezu zu einem Stillstand im Reiche geführt hat. Mit Reformen und Konzessionen ist nichts mehr zu bessern, wir brauchen einen Systemwechsel, Einkehr und Umkehr.

### General v. Wrisberg:

Der Erlaß des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Resolution des Reichstages. (Stürmische Heiterkeit.) Er hat andere Ursachen. (Stürmische Zwischenrufe.) Das Ziel der Friedensfreunde ging über den Rahmen der Resolution hinaus und sollte die Stimmung verderben. (Lebhafte Zwischenrufe.) Die Verfügung, daß über das Wahlrecht nicht gesprochen werden darf, ist längst beseitigt. Die stellten, General v. Wrisberg sind angemessen, der Erörterung der Wahlrechtsvorlage keine Hindernisse in den Weg zu legen, wenn dadurch die Sicherheit nicht gefährdet wird. (Stürmische Unterbrechungen.) Es kann sich nur um vereinzelte Mißgriffe handeln. Einer Wahlkreise des

Abg. Haase soll kein Hindernis mehr bereitet werden; auf Veranlassung des Kriegsministers sei ja seinerzeit Dr. Weitzel, als er als Kandidat aufgestellt wurde, sofort vom Militär beurlaubt worden.

### Abg. Fischel (Wp.):

Wenn der Kanzler über schlechte Stimmung geklagt hat, so hatte er damit recht, aber das Volk ist nicht schuld daran. Pflicht der Regierung ist es, den österreichischen Schritt zu fördern. Zu Kleinmut besteht kein Anlaß. Wir stehen in Feindesland, Mangel an Kriegsmaterial besteht nicht — wir können also durchhalten. Die politische Leitung muß aber alles tun, die Hemmnisse zu beseitigen, die sich einer geschlossenen inneren Front entgegenstellen. Dem Volk muß das immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Deshalb ist es zu beurteilen, daß gewisse Kreise immer wieder Sand in die Maschinerie gestreut haben, um die Geschlossenheit des Volkes zu verhindern. An dem guten Willen des Kanzlers soll nicht gezweifelt werden, aber seine Erfolge sind nicht überwältigend.

### Die militärischen Kreise

haben auf ihre Macht, von der sie rücksichtslos Gebrauch machen. Wir sind deshalb nicht enttäuscht worden. Ohne Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand ist keine Besserung zu erhoffen. Mit Reden ist nichts zu machen, nur Taten können Klärung bringen. Der Belagerungszustand ist die spanische Wunde, die zwischen Regierung und Volk steht. Das Militär hat gegen die Seele des Volkes gearbeitet, wie der Elefant im Porzellanladen. Die Regierung kann nur Vertrauen im Volke gewinnen, wenn sie den Kampf gegen die widerstreikenden Elemente aufnimmt, besonders in der

### Wahlrechtsfrage.

Die Entladung der Leidenchaften in einem Wahlrechtskampf ist nicht so schlimm, als wie die Anhäufung von Grimm und Groll in den Massen des Volkes. Die amtlichen Kreisblätter wüten gegen den Kanzler und gegen die Wahlrechtsvorlage. Die Regierung hat den guten Willen, aber damit ist es nicht getan. Das Gebot der Stunde ist es, die Regierung auf eine demokratische Grundlage zu stellen. Wir wünschen die Schaffung eines Völkerverbundes, der allein künftige Kriege verhindern kann. Damit zeigt man der Welt, daß Deutschland nicht auf dem militaristischen System beharrt. Die Auffstellung eines solchen Kriegszieles wird Verständnis finden, dazu aber ist nötig, daß die Regierung sich Vertrauen erwirbt. Auf diese Weise allein stärkt man die innere Front. Wir haben Vertrauen zu Armeen und zu ihrer Führung; aber diese Führung darf nicht hineingezogen werden in den Zweispalt der politischen Meinung. Heute besteht eine politische Absteilung bei der Obersten Heeresleitung und darin liegt eine große Gefahr. Die Verjagte des General v. Wrisberg, den

### ungeheuerlichen Erlaß des Kriegsministers

zu entschuldigen, sind mitleidigen. Die stellvertretenden kommandierenden Generale machen was sie wollen, einzelne von ihnen widersehen sich grundsätzlich den Anordnungen der Regierung. Hier mühte einmal ein Exempel statuiert werden, eher wird es nicht besser. Säulenansprüche, wie sie in Berlin beliebt werden, sind nur geeignet, die Stimmung zu verschlechtern. Redner bespricht dann die

### Bestrebungen einzelner deutscher Offiz.

ihre eigene Hausmacht zu stärken. Den Anlaß dazu hat die Abreise, den Hohenzollern das Vorkium zu sichern. Dieser Plan muß endgültig begraben sein, wie die deutsche Regierung und die deutschen Militärs nicht tun dürfen, um den Finnen die Monarchie aufzubringen. Je weniger man im Osten gewaltigst germanisiert, desto besser für uns. Statt dessen grübt man im Osten ab, längst vergebene Standesrechte wieder aus und peitscht damit direkt den Widerstand des Volkes auf. Die Bodenverteilung in Litauen geschieht direkt zum Vorteil der Ritterschaft und zum Nachteil der Bauern. Der Kanzler hätte recht als er sagte: Es geht um's Ganze und dabei im Herrenhaus darauf hinwies, daß die Krone gefährdet sei. Deshalb aber ist es seine Pflicht, den reaktionären Mächten die Stirne zu bieten. Diese Kreise wollen das Volk in der Rechtslosigkeit erhalten. Herr Kanzler, sorgen Sie dafür, daß diese Pläne scheitern!

### Abg. Dr. Stresemann (natl.)

erklärt, daß auch die Nationalliberalen auf dem Boden des Programms stehen, das zwischen Heeresleitung und Regierung vereinbart worden ist. Die Stärkung der inneren Front ist nötig und die Erfüllung dieses Programms scheint zu diesem Ziele zu führen. Redner setzt auseinander, daß seine Fraktion nie die Kriegsziele von der jeweiligen Kriegslage abgeleitet habe. Die Ausführungen Scheidemanns über Belgien könnten nicht unmissverständlich bleiben, denn es sei doch nicht zu bestritten, daß Frankreich die Absicht hatte, in Belgien angumarschieren. Wir verlangen, daß uns einmal

### das ganze Material über Belgien

vorgelegt wird, denn erst kann Klarheit geschaffen werden. Bestrebungen, die auf eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands hinielen, müssen bekämpft werden, denn wir haben nicht die Befugnisse, uns zum Schlichter der Welt aufzuwerfen. Die deutschfeindlichen Kreise in Rußland in den Sattel zu heben, kann nicht unsere Aufgabe sein, gleichviel wie man sich zu den Bolschewits hüllen mag. Die Zusatzverträge, die mit Rußland geschlossen wurden, finden durchaus den Beifall der Nationalliberalen. Ein Einspruchsrecht in die inneren Angelegenheiten Finnlands steht und nicht zu, aber wir dürfen deshalb auch nichts tun, Finnland zu hindern, Monarchie, mit einem deutschen Fürsten an der Spitze, zu werden. In einem Teil des baltischen Volkes besteht der Wunsch, direkt an Preußen angegliedert zu werden, auf keinen Fall aber können dynastische Interessen maßgebend sein. Die militärische Verwaltung in den Oststaaten tut alles, um einen Verkehr der dortigen Bevölkerung mit Reichstagsabgeordneten zu verhindern, wie es Redner in einem speziellen Fall selbst erfahren hat. Die Besetzung der Ritterschaft im Osten schafft dort steigend böses Blut. Sehr zu bedauern sei, daß in Deutschland eine Bewegung um sich greift, die die Haltbarkeit des Ostfriedens immer wieder in Zweifel zieht und damit der Sowjetregierung selber Schwierigkeiten bereitet. Die lange Dauer des Krieges hat die Begriffe der Militärs über ihre Befugnisse verwirrt, daraus mag sich der Erlaß des Kriegsministers gegen die Friedensgesellschaft und das Vorgehen in der unabhängigen Wählerverformlung in Berlin erklären. Zu billigen ist alles das nicht. Selbst den Nationalliberalen wurde verboten über die preussische Wahlrechtsvorlage zu sprechen. Die Nationalliberalen stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Boden des gleichen Wahlrechts, das nicht mehr aufgehoben werden kann. Aber der Kanzler hatte die Pflicht, auch die Meinung des Herrenhauses zu hören. Versucht man dort die Angelegenheit zu verschleppen, dann muß die Regierung die einzig mögliche Konsequenz ziehen, das Abgeordnetenhaus aufzulösen. Redner macht zum Schluss noch auf die Kriegstreiberkreise in Ostpreußen aufmerkjam und fordert schleuniges Eingreifen.

General v. Wrisberg läßt durch den Vorstehenden mitteilen, daß er am Nachmittag den Mitgliedern des Ausschusses vertrauliche Mitteilungen über die militärische Lage machen wolle.

Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

# Groß-Berlin

## Krethi und Plethi.

Der Herr von Liebert hat gemeint, er täte sich darüber grämen, daß Krethi oft und Plethi kämen ins Parlament. Mir scheint, mir scheint, geht man der Sache auf den Grund, so hat sie wirklich Stiel und Besen. Es ist mal solcher drin gewesen — bloß, daß er wieder draus verschwund. Es hat ja nicht besond'ren Sinn, das hohe Parlament zu loben. Doch dieses Uebel ist behoben: Herr Liebert ist ja nicht mehr drin!

Sanktzen.

### Teuerungszulagen für städtische Angestellte und Arbeiter.

Die sozialdemokratische Fraktion (Wartowski und Genossen) hat zu der heute in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Beratung kommenden Vorlage des Magistrats betr. Teuerungszulagen der Angestellten und Arbeiter folgende Abänderungsanträge gestellt:

I. a) Den mindestens ein Jahr im Dienste der Stadt stehenden Hilfskräften wird die Teuerungszulage in derselben Höhe gewährt, wie sie die unterste Beamtengruppe erhält; b) nach 1/2-jähriger Beschäftigung werden 1/4, c) nach 1/3-jähriger Beschäftigung 1/2, und d) nach einmonatlicher Beschäftigung 1/3 dieser Sätze gewährt. II. Nach gleicher Einteilung und nach gleichen Grundätzen wird den Arbeitern die Zulage gewährt. III. Ledige erhalten 70 Prozent dieser Sätze. IV. Die Gehaltsgrenze von 3000 M. kommt bei den Ledigen in Fortfall. V. Ledige mit eigenem Hausstand, als solche sind diejenigen zu betrachten, die vom Hauswirt eigene Räume gemietet haben, werden ebenso wie Witwen, Witwen oder Geschiedene mit eigenem Hausstand, den Verheirateten im Besitze der Zulage gleichgestellt. VI. Das in Kost- und Logis stehende Personal der Heil- und Pflegeanstalten erhält die gleichen Sätze wie das übrige Personal. VII. Die einmalige Teuerungszulage erhält auch das Personal der städtischen Elektrizitätswerke.

### Mahnahmen Neufüllns zur Behebung der Wohnungsnot.

Die Neufüller Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer heutigen Sitzung sich mit folgenden Anträgen beschäftigen. Es soll sofort ein Wohnungsnachweis mit Anmeldezwang der leerstehenden Wohnungen eingerichtet werden. Die Gewinnung neuer Wohnungen durch Vollendung begonnener Bauten und durch Um- und Ausbau bereits vorhandener Baulichkeiten, insbesondere durch Instandsetzung der leeren Wohnungen, die wegen baulicher Mängel nicht benutzt werden konnten, und durch Einrichtung von Wohnungen in leerstehenden Läden, Dach- und Kellergeschossen soll sofort in Angriff genommen werden. Die Stadt wird in solchen Fällen, in denen eine angemessene Rente aus Bauaufwendungen sich nicht ergibt, finanzielle Bauhilfe gewähren oder im Falle der Leistungsfähigkeit des Besitzers die Bauausführung durch die Stadtgemeinde übernehmen. Die Stadt wird in erster Linie Übernahme der nicht gedeckten Bauaufwendungen durch das Reich anstreben. Die Vermittlung der Antragstellung auf Ertrag der verlorenen Bauaufwendungen wird durch die Stadtgemeinde erfolgen. Für alle notwendigen Fragen wird im Hochbauamt eine Beratungskommission eingerichtet. Durch diese Maßnahmen gedenkt man 950 neue Wohnungen in Neufülln zu schaffen. — Da diese Zahl noch nicht ausreichend erscheint, will Neufülln drei Millionen bewilligen, um Häuser in eigener Regie zu bauen, und die gewonnenen Wohnungen besonders an kinderreiche Familien zu vermieten. Schaffung von Wohnungen durch Umbau von Schulen und durch Bau von Baracken wird von der Stadt auf das entschiedenste abgelehnt.

### Weitere Fleischlose Wochen!

Nach einer Mitteilung des Kriegsernährungsamts werden die fleischlosen Wochen im Oktober noch nicht ihr Ende erreichen, sondern auch im November, Dezember und Januar im bisherigen Umfange beibehalten werden. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

### Wo das Fett bleibt.

Auf Anweisung des Preussischen Landesfleischamts wird von den Kommunalverhältnissen fest angeordnet, daß bei der Feststellung des Schlachtgewichts der für die versorgungsberechtigte Bevölkerung geschlachteten Tiere als Maßstab für die den Empfangsstellen gelieferten Fleischmengen die Fett- und Fleischmengen sowie das Schlachtgewicht der Schlachtgewichtsermittlung zu entfernen sind. Im übrigen bleiben die Ausschlagungsbestimmungen unberührt, insbesondere bleibt es nach wie vor den Schlachtenden anheimgegeben, ob sie die Wägen in warmem oder erkaltem Zustand des Fleisches sowie je nach der Tiergattung in ganzen, halben oder viertel Tierkörpern vornehmen wollen. Diese Anweisung erfolgt, da die Innenfette, also auch das Nieren- und Schloßfett der Tiere, die für die versorgungsberechtigte Bevölkerung geschlachtet werden, unmittelbar nach der Schlachtung loszutrennen und an die vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette bestimmten Stellen abzuliefern sind. — Die Hausfleischungen bleiben hiervon unberührt.

### Erhöhte Gänseinfuhr.

Die Geflügel- und Wilderinfuhrgesellschaft m. b. H. wird demnächst Gänse in großer Zahl aus der Ukraine einführen. Die Gänse werden durch die Reichsfleischstelle den einzelnen Bundesstaaten zugewiesen und von der Landesfleischstelle weiter verteilt. Die Preise sind höher als die der einheimischen Ware. Um dieselben Preise Rechnung zu tragen, ist der genannten Einfuhrgesellschaft die Heberschreitung der Höchstpreise um den Einkaufspreis einzuweisen gestattet. Vorläufig ist ein Einzahlungssatz von 8 M. in Aussicht genommen. Da aber der Absatz durch die Gemeinden zum Schlachtwarenpreis erfolgt, wird es bei dem verhältnismäßig geringen Aufschlag in vielen Fällen möglich sein, die Gänse innerhalb des Höchstpreises zu verkaufen.

### Herabsetzung des Kartoffelpreises.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats Berlin ist der Preis für 1 Pfund Speisekartoffeln, die zum Verbrauch für die Zeit vom 7. Oktober ab bestimmt sind und auf Abschnitt 41 der Kartoffelkarte verteilt werden, auf 10 Pf. festgesetzt worden.

### Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 67 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfällt ein halbes Pfund Kunsthonig. Der Preis beträgt 67 Pf. für 1/2 Pfund, 75 Pf. für 1/3 Pfund im Ausfuß, und 75 Pf. für ein Pfund in fertigen Pfundpackungen. Der Bestellabschnitt 67 darf nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Wiederbezug in das Kundenverzeichnis eingetragen ist, abgeliefert werden, und zwar vom Freitag, den 27. bis einschließlich Montag, den 30. September. Nachträgliche Anmeldungen sind nicht zulässig. — Bis Sonnabend, den 28. September, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 106.—109., 111., 171., 202., 203., 219.—221. und 227. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

**Umsatzsteuer auf Zuggegenstände.** Das Umsatzsteueramt Berlin gibt bekannt, daß die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Zuggegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Laufe des Kalendermonats, der jedem einen Steuermonat bildenden Monat folgt, über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte eine Erklärung abgeben müssen, und zwar die Berliner Steuerpflichtigen für den Steuermonat August bis zum 30. September, für den Steuermonat September bis spätestens Ende Oktober. Bis zum 30. September sind auch die Erklärungen über die vom 5. Mai bis 31. Juli dieses Jahres bewirkten Lieferungen der in der Bekanntmachung des Reichsfinanzrats über die Entrichtung einer Umsatzsteuer auf Zuggegenstände vom 2. Mai 1918 genannten Art abzugeben. Wegen weiterer Bestimmungen wird auf die Säulenanschlüsse am Freitag, den 27. September, hingewiesen. Die Erklärungen können bei dem Umsatzsteueramt schriftlich oder an amtlicher Stelle mündlich abgegeben werden.

**Vorträge für städtische Beamte und Arbeiter.** Der Berliner Magistrat hat beschlossen wie im vorigen, so auch in diesem Herbst und Winter für die städtischen Beamten, Angestellten, Lehrer und Arbeiter im Bürgeraal des Rathauses Vorträge über wirtschaftliche Zeitfragen zu veranstalten. Der erste Vortrag wird am 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, von dem Direktor der Deutschen Bank, Herrn Dr.-Ing. von Strauß, gehalten werden und das Thema be-



## Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht,  
Des Mühens und Scharrens  
Und Wahrens nicht wert?  
Wer schmiedet aus mir  
Das deutsche Schwert?  
Da hat ihn die „Neunte“  
Schweigend genommen:  
Er ist in die rechte  
Schmiede gekommen.

handeln: „Das rumänische Petroleum und seine Bedeutung für Europa, insbesondere die Länder der Mittelmächte.“ Der durch die Teilnahme an dem Vortrage entgangene Lohn, ebenso das etwa entstandene Fahrgehalt, wird den Arbeitern erstattet.

Die Volkshalleabende in der Bärgwalstraße wird zum 1. Oktober wieder eröffnet.

**Nachtspiele Lorenzin-Palast.** Die Aufführung von „Das Dreimäderlhaus“ findet Freitag, den 27., statt.

**Admirals-Theater.** Am Freitag wird „Das Rätsel des Lebens“ zum ersten Male vorgeführt.

**Blutiger Kampf mit einem Einbrecher.** In der Ränkeberger Straße wurde ein Einbrecher, der es auf die Wohnung eines Eisenbahnkassiers abgesehen hatte, überrascht und auf der Flucht von einer größeren Menschenmenge verfolgt. In der Dresdener Straße wandte sich der Flüchtige um, schloß auf die Verfolger und traf einen Arbeiter Imela aus der Epenider Straße leicht am Fuße. Als sich ihm jetzt ein Polizeiwachmeister entgegenwarf, schlug er auf diesen an. Der Beamte kam ihm jedoch mit einem Schlag zuvor und traf ihn ins Bein. Trotzdem setzte der Einbrecher seine Flucht wieder fort und suchte in einem Hause ein Versteck. Schon auf dem Flur jedoch brach er zusammen. Er wurde zunächst nach der Rettungswache und dann als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

**Totschlag eines Schwachsinigen.** Im Hospital des St. Hedwig-Krankenhaus auf dem Grundstück Große Hamburger Straße 5—11 wohnten seit längerer Zeit in einem gemeinsamen Zimmer zwei Hospitalisten namens Julius Brandt und August Krätner, beide geisteschwache Männer von ungefähr 80 Jahren. Die Geisteswaren durchweg harmlos, aber nicht ungeschicklich in ihrer Geistesverfassung, sobald sie gereizt wurden. Gestern vormittag kam es zwischen den beiden zu einem Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Hierbei ergriff Brandt eine Bierflasche, schlug damit Krätner auf den Kopf, bis er zusammenbrach und schnitt ihm dann mit den Scherben der zerbrochenen Flasche die Kehle durch. Auch Brandt trug in dem Kampfe Verletzungen davon. Die Leiche des Erschlagenen wurde nach dem Schauplatz gebracht, Brandt festgenommen und nachdem er einen Verband erhalten hatte, der Kriminalpolizei zugeführt.

**Neufülln. Lebensmittel.** Der Verkauf von Mädelwaren gegen Entnahme des Abschnitts 123 der Neufüller Warenbezugskarte wird am 30. September geschlossen. Die Abschnitte 123 verlieren sodann ihre Gültigkeit. Vom 1. Oktober ab findet der Verkauf gegen Abgabe eines neuen Kartenabschnittes statt, dessen Nummer demnächst bekanntgegeben werden wird. Abschnitt 123 für den Verkauf von frischen Fischen bleibt vorläufig noch in Kraft.

**Die städtische Lichtbildbühne.** Die Stadt hat vor kurzem, wie berichtet, mit der Ufa, der Ufa-Union-Film-Aktien-Gesellschaft, einen Vertrag über die Errichtung einer städtischen Lichtbildbühne geschlossen. Nach diesem Vertrage unterliegen die Einrichtung und der Betrieb der städtischen Lichtbildbühne der Aufsicht eines Ortsausschusses, der vom Magistrat eingesetzt wird. Der Magistrat hat nun beschlossen, zwei Magistratsmitglieder und drei Stadtverordnete in den Ausschuß zu entsenden.

**Wilmersdorf. Abgabe von Weißkohlrautkraut.** Von Dienstag, den 24., bis einschließlich Sonntag, den 28. September, gelangt auf Abschnitt J der Bezugskarte für Einzelpersonen (8. Ausgabe, grau) 1 Pfund Sauerlobl (35 Pf.) zum Verkauf. Die Entnahme hat bei denjenigen Kleinhändlern zu erfolgen, die sich durch Auszahlung als Mitglied des Wilmersdorfer Kolonialwarenhändlervereins ausweisen.

**Lichtenberg. Kartoffeleintragung.** Vom Dienstag, den 24., bis einschließlich Freitag, den 27. September, haben die Verbraucher bei denjenigen Geschäften, von denen sie ihre Kartoffeln zu beziehen wünschen, sich unter Vorlegung des Mittelstücks der laufenden Kartoffelkarte (gültig vom 2. bis 29. September) in das Kundenverzeichnis einzutragen zu lassen. Die neue Belieferung erfolgt vom Montag, den 30., ab.

**Göpenitz. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen.** Die Anfang November stattfinden, werden sich im Zeichen des Bürgerfriedens vollziehen. Die im Kommunalverband vertretenen bürgerlichen Vereine der Stadt haben sich auf die Wiederwahl aller zur Neuwahl stehenden Stadtverordneten der ersten und zweiten Abteilung geeinigt. In der dritten Wählerabteilung, die sich in den Händen der Sozialdemokratie befindet, werden Gegenkandidaten nicht aufgestellt.

**Niederschöneweide. Gemeindefußball und -Schlachhof.** Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz des neuen Bürgermeisters Billigmann mehrere für die Lebensmittelversorgung bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. Um der Mangelnot zu steuern, hat die Gemeinde Verhandlungen angeknüpft, um Milch unmittelbar von einem Gute zu beziehen. Die Verhandlungen haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Außerdem beschloß die Gemeindevertretung den Stall der Försterei Kanne zu

mieten und hier für 10 000 M. Riegen und Kühe einzustellen, um Milch für Säuglinge und Kranke zu beschaffen. Zur Anschaffung eines eigenen Geipanns, das der schnelleren Beförderung der Lebensmittel dienen soll, wurden 70 000 M. bewilligt und die Mittel zur laufenden Unterhaltung bereitgestellt. Weiterhin beschloß die Gemeindevertretung, der besseren Uebersicht wegen, das Vieh selbst zu schlachten und dann an die Fleischermeister zu verteilen. Da verschiedene Fleischermeister in Niederschöneweide sehr schlechte Wurst geliefert hatten, übertrug die Gemeinde auch die Herstellung von Wurst in eigenem Betriebe. Die von der Gemeinde hergestellte Wurst wird dann an die Fleischermeister verteilt. — Nach dem Muster anderer Gemeinden soll vom 1. November ab die Verteilung der Brotmarken nicht mehr durch die Brotkommission, sondern im Rathaus selbst erfolgen.

Eine Kommission soll sich mit der Frage beschäftigen, wie gegebenen Gemeindefachlern der Besuch höherer Schulen ermöglicht werden kann. Zu dem Zweck sollen Freistellen beschaffen werden. — Den Beamten der Gemeinde wurde nach den staatlichen Grundätzen eine einmalige Teuerungszulage bewilligt.

**Friedrichsfelde. Zuckerkundenliste.** Für die Zeit von 1. Oktober bis 31. Dezember wird eine neue Zuckerkundenliste aufgelegt werden. Anmeldungen dazu müssen in der Zeit vom 27. bis 30. September bewirkt werden.

**Friedrichshagen. Schulfragen.** In der letzten Gemeindevertretersitzung zeitigten die vom Gemeindevorstand entworfenen Grundätze für die Errichtung von Freischulen an der König-Friedrich-Schule eine längere Debatte. Bürgermeister Dr. Stiller teilte hierzu mit, daß sich die Verwaltung wiederholt damit beschäftigt habe, mehr als bisher Freischüler aus dem Gymnasium zu schicken. Bisher bestand der Grundsatz, daß der dritte Knabe einer Familie schulgeldfrei war, wenn seine Brüder die Anstalt besuchten. Nach den neuen Bestimmungen soll der Grundsatz überhaupt auf das dritte Kind ausgedehnt werden, wobei das Privat-Gymnasium dem Gymnasium gleichgestellt werden soll, das es ebenfalls aus Gemeindegeldern unterhält wird. Außerdem sollen beschulte Schüler der Gemeindefachschulen und Kriegserwachsen zugelassen werden. Gen. Barth sprach sich gegen eine allzu große Verdrängung der höheren Schule aus und trat für die Einheitschule ein. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Inzwischen werden den Vertretern die Grundätze für die Bewilligung von Freischulen schriftlich zugestellt. Außerhalb der Tagesordnung stellte Genosse Wiele die Anfrage, ob die Verteilung der Flugblätter in den Friedrichshagener Schulen mit Genehmigung der Schulverwaltung erfolgt sei. Die Vertretung müsse entschieden dagegen Protest erheben, damit in Zukunft solche Fälle vermieden werden. Bürgermeister Dr. Stiller erwiderte darauf, daß weder die Schuldeputation noch das Kuratorium der König-Friedrich-Schule von der Verbreitung Kenntnis gehabt hätte und diese auch durchaus nicht billige. Inzwischen habe die vorgenannte Behörde zu der Angelegenheit Stellung genommen und jede politische Agitation in den Schulen verboten. Zum Schluß teilte Genosse Wiele mit, daß die Gemeinde-Versammlung und Reparatur-Anstalt jetzt eröffnet sei und sich in der Friedrichstraße 98, vorn im Laden, befindet. Geöffnet ist dieselbe täglich von 2—6 Uhr nachmittags. Die Ausgabe der erledigten Reparaturen usw. findet jeden Mittwoch und Sonnabend von 4—6 Uhr nachmittags statt.

## Soziales.

**Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht.** Die 2. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht tagte dieser Tage in Kiel.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung betraf die Frage der völkerrechtlichen Sicherungen der internationalen Verkehrsfreiheit in Friedenszeiten.

Der erste Berichterstatter Prof. Bernhard Harms (Kiel) stellte ein Programm für das künftige Weltverkehrsrecht auf, das die Gleichberechtigung im internationalen Wirtschaftsleben sichern soll. Redner ging hierbei von der Auffassung aus, daß dabei die Uebergangsperiode besonders zu beachten sei, und es außerdem zweckmäßig sei, sich auf ein Mindestprogramm, das im wesentlichen schon in den Friedensverträgen verwirklicht werden muß, zu beschränken. Er stellt hierzu fünf Thesen auf: 1. Wiederherstellung des Weltpostvereins, 2. Wiederherstellung aller übrigen auf das Verkehrsrecht bezüglichen Verträge sowie des früheren internationalen Verkehrsrechtswörterbuchs, 3. vertragliche Anerkennung bestimmter Grundätze in der Gestaltung und Handhabung des Fremdenrechts, 4. Wiederherstellung der Haager Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums und der Berner Konvention zum Schutze von Marken, der Literatur und Kunst, 5. grundsätzliche und praktische Anerkennung der „offenen Tür“ im Handelsverkehr.

Was soll nun geschehen, wenn die im Friedensverträge getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten werden; und wenn der Frieden den Weg weltwirtschaftlicher Betätigung für die Angehörigen aller Staaten wieder freimacht; wird er auch mit Begünstigung wieder betreten werden? Diese beiden Fragen führen von selbst zu der weiteren Frage, ob es nach menschlichem Ermessen möglich ist, gegen solche Unsicherheiten Rechtsgarantien zu schaffen. Dieser Gedankengang führt zur Exekutive und damit zur Idee des Völkerbundes, die heute in aller Munde ist. Ob ein Völkerbund in künftigen Kriegen Sicherungen dagegen zu bieten vermag, daß die wirtschaftskriegertischen Ereignisse des jetzigen Krieges sich wiederholen, ob er die innere Kraft haben wird, künftige Kriege zu verhindern? Redner erklärt hierzu: Ich besitze nicht die Mühseligkeit es zu behaupten, wohl aber muß auf diesen Zusammenhang zwischen Friedens- und Kriegsvölkerrecht hingewiesen werden. Denn wird die kommende Weltverkehrsrechtsgesellschaft nur auf Friedensrecht aufgebaut, so bleibt sie problematisch wie vorher und ist mit Risiken belastet, die ihrer Entfaltung dauernd im Wege stehen und schließlich auf neue zur Katastrophe führen können. Inwiefern schon die Friedensverträge von solcher Erkenntnis Zeugnis ablegen werden.

## Wenn Ihr Kollege,

Ihre Kollegin den „Vorwärts“ zum 1. Oktober rechtzeitig erhalten wollen, so ist es für sie Zeit, den folgenden Zettel auszufüllen und einzusenden. Bei Mehrbedarf tut eine Postkarte denselben Zweck. Adresse: Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
Bei wem?	_____

bestellt ab 1. Oktober den „Vorwärts“ zum Preise von 1,80 M. per Monat frei ins Haus.





Die Alten.

Herr Schäfer, es ist Zeit frühstück zu machen, rief die Witwe Simon ihrem einzigen Arbeiter zu. Es ist sogar schon halb durch.

Wortwegen nicht. Aber ich wollte nur noch rasch den een Deckel fertig machen. Wenn ich wieder zurück bin, hängt ich das Buch ein. Wenn Sie nämlich gefallt, geh' ich auf eine paar Stunden weg. Gleich nachdem ich meine Stullen auf habe.

Fortgeh'n wollen Sie? Jetzt schon? Am frühen Morgen? Jawoll, Frau Simon; aber bloß auf eine paar Stunden, antwortete Schäfer, ein grandartiges, schlüpfiges Männchen, das einem Spittelnlassen sehr ähnlich sah. Gleich vielen anderen alten und auch jungen Leuten, hatte er in der Kriegszeit das Aussehen eines Armenhändler angenommen.

Wohin wollen Sie denn, fragte die Witwe wieder. Sie nahm ihre Brille ab und legte sie auf das Buch, in das sie einige kleine Eintragungen gemacht hatte. Wollen Sie sich vielleicht nach was anderem umsehen? Gefällt's Ihnen nicht bei mir?

Ganz gut gefällt's mir. Ein bißchen zu ruhig ist's ja, aber zu viel Trübel in einer Bude, das ist ooch nistal.

Wenn sich das Geschäft wieder ein wenig hebt, werde ich ein junges Mädchen einstellen. Das kann Ihnen dann helfen beim Feiten. Dann sind Sie nicht mehr ganz allein. Mit mir kann man sich nicht mehr viel erzählen. Früher bin ich anders gewesen; es noch mein Mann gelebt hat und ich mich nicht um das Geschäft hab' sorgen müssen und —

Jaja, früher. Ich bin ooch mal 'n anderer Kerl gewesen. Heut sieht's mir freilich leener mehr an. Aber ich will doch erst mal essen und dann gehn. Soust schaff ich's nicht. Ich mach den Deckel noch fertig.

Er entnahm einem Tischkasten sein kleines Stuppenpaket, setzte sich auf einen Stuhel und begann zu essen. Heut hab ich wieder mal Bierdewürst auf die Stullen, sagte er. Sie schmeckt nach jar nicht.

Das glaub ich gerne, nickte Frau Simon. Aber warum wollen Sie mir denn nicht sagen, fragte sie, was Sie vorhaben? Und wie lange wollen Sie wegbleiben? Ein paar Stunden?

Bis auf'n Mittag bin ich wieder zurück, antwortete der Alte mit vollem Munde.

Frau Simon seufzte, setzte ihre Brille wieder auf die Nase und stand auf, um aus der Küche den Kaffee zu holen, den sie immer am Morgen und am Nachmittag für sich und ihren Arbeiter aufbrühte. Schäfer, der nicht mehr viel Jähns hatte, laute sehr langsam, und als die Witwe mit dem Kaffee kam, hob er erst den dritten Wiffen in den Mund. Einen ordentlichen Topf voll setzte sie ihm vor. Er war schwarz und bitter, aber gehörig heiß, und dem Alten tat's wohl, etwas Warmes in den Leib zu kriegen. Es froh ihn immer ein wenig.

Jetzt weiß ich auch, meinte ihn die Witwe, warum Sie frisch rafter sind.

Sie sind aber jut, lachte der Alte. Allens sehn Sie.

Die Witwe ging wieder an ihren Schreibtisch und begann auch zu frühstücken. Sie aß fast ebenso langsam wie ihr Arbeiter. Als und zu lehrte sie sich zurück in ihrem Lederfauteuil und schloß die kleinen graublauen Augen. Nachdem Schäfer seine Stulle verknast und den Topf bis auf den Grund geleert hatte, zog er sich seine Stiefel an, band die Schürze ab und machte sich fertig zum Geden. Also auf'm Mittag, sagte er, bin ich dide wieder zurück.

Wenn Sie mir doch bloß sagen wollten, was Sie so Wichtiges vorhaben. Ich bin nicht neugierig, möcht aber doch gern wissen, wozu Sie Ihren guten Rod angezogen haben.

Was heißt juten Rod, lachelte er. Jut ist 'r nicht mehr, aber es ist der beste, den ich hab'. Ra und wenn Sie durchaus wissen wollen, was ich vorhabe — Schön! Dann will ich's Ihnen sagen. Nach der Bahn will ich gehn. Reinen Jüngsten erwarten. Der kommt heute auf Urlaub.

Also kommt er doch?

Ja. Auf sechs Tage. Das ist nicht viel, aber die Hauptsache ist, daß wir ihn noch mal zu sehen kriegen, eh' er rauskommt an die front. Besten abend ist eine Depesche von ihm gekommen. Wir haben die Nacht nicht schlafen können vor Freude.

Das glaub' ich Ihnen. Aber warum wollten Sie mir denn nicht sagen, was Sie vorhaben?

Ein Weiffen blickte der Alte zur Seite und zupfte an seinem altmodischen Rod. Wie ein Kind stand er da, das nicht lügen will, und die Wahrheit zu sagen, sich ängstigt und scheut. Ich dachte

nämlich, begann er zögernd, daß es Ihnen weh tun könnte, wenn Sie hören, daß mein Junge auf Urlaub kommt, wo doch Ihrer damals leen mehr geliegt hat.

Das war gut gemeint von Ihnen. Freilich, weh tut's mir schon, wenn ich daran erinnert werde. Aber darüber, daß Ihrer auf Urlaub kommt, kann ich mich doch nur freuen. Hoffentlich hat er Glück draußen. Zwanzig war meiner im nächsten Monat alt geworden.

Sie schüttelte den Kopf, der im dritten Kriegsjahr vollends weif geworden war.

Jaja, seufzte der Arbeiter, es ist das schon eine Rot. Ran hat nicht Gutes auf die alten Tage. Die Kinder werden einem genommen, eins nach dem andern, man muß wieder arbeiten gehn und hungern muß man obendrein.

Das ist wahr. Machen Sie nun aber, daß Sie zur Bahn kommen. Wann trifft denn der Zug ein?

Ein paar Minuten nach elf.

Und da wollen Sie mittags schon wieder hier sein?

Raja.

Bringen Sie denn Ihren Sohn nicht nach Hause?

Ne. Zu viel Zeit darf ich mir nicht verschäumen. So dide hab ich's nicht. Ich will nur auf dem Bahnhof sein, wenn er ankommt.

Sie müssen ihn nach Hause bringen und dürfen heute nicht wieder kommen. Ich werde Ihnen keinen Pfennig abziehen für verschäumte Zeit.

Das ist aber nett von Ihnen, freute sich der Alte und ergriff die Hand der Witwe. Sie ließ sie gerne drücken. Und dann schob sie den Alten zur Tür hinaus. Los, sagte sie, sonst schaffen Sie's nicht. Und grüßen Sie Ihren Jungen von mir.

Der Alte ging, und voll freudiger Erwartung begann ihm das Herz im Leibe zu klopfen. Die Witwe aber wankte in ein Zimmer, darin auf einem Nachtsisch das Bild eines jungen, bariloßen Stubiusus stand. Sie nahm es in beide Hände und drückte es an ihr Gesicht, das nah war von Tränen.

Joseph Adler.

Der Abrüstungsgedanke in der Geschichte.

Der Gedanke der Abrüstung wird gegenwärtig im Zusammenhang mit den Plänen über eine Neuorganisation der völlerrechtlichen Beziehungen beim Friedensschluß viel erörtert. Er gehört geschichtlich zu den jüngsten Gesichtspunkten, die von den Friedensfreunden vorgebracht sind; er konnte ja erst hervortreten, als mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die stehende Heere außerordentlich erhöht worden waren und die Völler selbst in Waffen standen. So lange es keine stehende Heere gab, war ja die „Abrüstung“ nach Friedensschluß etwas Natürliches, und im 16. und 17. Jahrhundert pflegte man nach Beendigung der Kriege heiderseitig „abzudanken“, d. h. die Heere zu entlassen. Im 19. Jahrhundert aber bildeten die stehenden Heere die Grundlage für die militärische Erziehung des ganzen Volkes und sind so zu einem organischen Faktor geworden. Deshalb mußte die Idee der Abrüstung als besonders klug und schwierig erscheinen.

Quers trat mit diesem Vorschlag 1856 nach dem Arimkrieg der Franzose Patrice Larroque in seinem Werk „Der Krieg und die stehende Heere“ hervor; er erklärte es für einen großen Fehler, daß man nicht schon beim Zusammenbruch der Macht Napoleons I. die Heere abgeschafft habe, und forderte nun die Durchführung dieses damals Versäumten. Drei Jahre später setzte sich der bekannte Schriftsteller Emile de Girardin für die „europäische Entwaffnung“ ein und gab das Schlagwort aus: „Kein Feuer ohne Brennmaterial, kein Krieg ohne Arme“, eine Phrase, die logisch recht ansehbar ist, aber weithin wirkte. Noch drei Jahre vor dem deutsch-französischen Kriege wurde die allgemeine Entwaffnung der Völler wieder viel erörtert. Es hatte sich unterdessen in Paris eine „Liga der Entwaffnung“ gebildet, und ihre Forderungen wurden von führenden deutschen Männern aufgenommen. Arnold Ruge verlangte, daß Frankreich mit der Abrüstung vorangehe, während Schulze-Delitzsch riet, man möge zunächst in den Parlamenten der verschiedenen Länder Anhänger für den Gedanken gewinnen. So trat denn am 21. Oktober 1869 Rudolf Virchow im Norddeutschen Bund mit dem Antrage hervor, „durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen“. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Während des deutsch-französischen Krieges stockte die Bewegung, aber schon zwei Jahre nach dem Frankfurter Frieden veröffentlichte die im Haag versammelte „Gesellschaft für Reform und Kodifikation des Völlerrechtes“ eine Erklärung, daß es die Pflicht der Regie-

rungen sei, über die Verminderung der Rüstungen in Verhandlungen zu treten, und das britische Unterhaus nahm gleichzeitig einen derartigen Vorschlag an. Im Jahre 1876 kam der Abrüstungsgedanke im österreichischen Parlament zur Verhandlung, und 1879, zehn Jahre nach Virchows Abrüstungsantrage, brachte der Abgeordnete von Wähler im Deutschen Reichstage wiederum den Antrag ein, „der Reichstag wolle beschließen, einen europäischen Staatenkongreß zum Zweck der Herbeiführung einer wirksamen allgemeinen Abrüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von 10—15 Jahren zu veranstalten“. Der Antrag wurde abgelehnt, und Bismarck äußerte sich damals in interessanter Weise zu dem Plane. Er sagt in einem Briefe an Wähler vom 2. Mai 1879: „Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ihnen gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich über ein anderer deutlicher Kanzler für unter stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrolle der Völler über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird.“ Bismarck ist in dieser Kritik dem Fehler aller Realpolitiker verfallen, die Tragweite und Zukunft der Idee unterschätzt zu haben. Ideen können freilich erst Wirklichkeit werden, wenn genügend starke Volkskräfte dahinter stehen. Dieser Moment scheint jetzt für den Abrüstungsgedanken gekommen zu sein, der seine Vollständigkeit und Massenbeherrschung der sozialistischen Propaganda verdankt.

Die letzten Uhus.

Zu den in Deutschland leider bis hart an die Grenze des völligen Aussterbens abgeschossenen Vögel gehört neben Fischreiher, Kramling und Kormoran auch die größte aller Eulenarten, der Uhu. Schon im Anfange des 19. Jahrhunderts wurde festgestellt, daß der Uhu in vielen Gegenden Deutschlands ausgerottet war, nur im bairischen Hochgebirge, im berühmten Schreyer Idenhorst (im Remetdelta) und längs der polnischen Grenze trat der große Nachwuchs noch häufig auf, doch wurden in Bayern 1908 auch nur noch etwa 10 Uhus nachgewiesen. In Böhmen wurden 1888 noch an 200 Uhus erlegt, doch ist auch dort der Bestand zurückgegangen. Im schlesischen Gebirge ist der Uhu nur noch in der Umgegend von Landeslut in einigen wenigen Exemplaren vorhanden, wenn diese nicht etwa während des Krieges als Jagdwild weggeschafft worden sind. Um so bemerkenswerter ist es, daß nach zahlreichen verhängnisvollen Beobachtungen der Uhu in den weiten Waldgebieten von Polen, Kurland und Samogitien noch in größerer Zahl vorhanden ist. Seine Horste wurden sowohl in der Gegend von Suwalki und Grodno wie auch an der Wzura und am Bug sowie an anderen Orten festgestellt und selbstredend auch geschont. Wenn in Deutschland selbst wieder genügend wird, was unsere Waldromantiker verlocken hat, indem der Vogel rücksichtslos abgeschossen wurde, so ist immerhin einige Aussicht, daß sich seine kleine Anzahl bei geeigneter Naturschutzgesetzgebung wieder vermehrt.

Notizen.

Die Kommissarin für Theaterwesen. Die Schauspielerin R. A. Andrejewa, die Gattin von M. Gorki, hat die Leitung der Petrograder Staatstheater übernommen und wurde zum Kommissar für Theaterwesen ernannt.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranlaßt vom Montag, den 30. Sept., bis Sonntag, den 5. Okt., in Berlin eine Pädagogische Herbstwoche, bei der 14 Vorträge und Einzelvorträge über Erziehungslehre, Schulwesen und Unterricht abgehalten werden. Anfragen sind an die Geschäftsstelle zu richten. Das Verzeichnis über die Herbstwoche und das über sämtliche Veranstaltungen des Instituts während des Winters ist erschienen. Preis 30 Pf.

Prof. G. Gaffly, ein bekannter Schüler Robert Kochs und sein Nachfolger als Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten in Berlin, ist im 69. Lebensjahre in Hannover gestorben.

Fünf Jahre im Polargebiet. Nach fünfjähriger Abwesenheit ist der Polarforscher Stefansson nach Vancouver (Brit. Columbia) zurückgekehrt. Er hat eine neue Insel, so groß wie Irland, entdeckt und erforscht. In einer Kolonie von 1000 Eskimos fand er 1 Proz. mit hellen Haaren und Augen. Einer seiner Mitarbeiter führt Stefanssons Pläne im hohen Nord mit vier Mann weiter durch.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Herr Steimann, sagte der Bankier familiär. Sehen Sie sich, Sie sind müde.

Ich danke, Herr Rat, ich muß gleich wieder weg, ich habe einen Hausen Arbeit.

Sie wird Ihnen nicht weglassen. Sehen Sie sich. Ich sag' Ihnen was. Warten die da sehr auf die Gratifikation?

Sie haben sie sich redlich verdient.

Das weiß ich, was brauchen Sie mir das zu sagen?

Verzeihung, Herr Rat, ich bitte Sie um Entschuldigung.

flüsterte er, sich demütig und schüchtern verneigend.

Wir wollen mal freundschaftlich reden. Was könnte ich geben?

Das werden der Herr Rat schon selbst entscheiden können.

Also angenommen, ich gebe tausend Rubel, mehr kann ich nicht. Wir werden das Jahr mit großem Verlust abschließen, das sehe ich schon.

Wie jetzt haben wir einen doppelten Umsatz, im Vergleich zum vorigen Jahr.

Still, wenn ich sage mit Verlust, dann ist es so. Also angenommen die runde Ziffer von tausend Rubel. Wieviel Leute haben wir im Kontor?

Wir sind fünfzehn.

Wie viele in der Filiale?

Fünf.

Zusammen also zwanzig Personen. Was kann jeder von diesem Geld kriegen? Etliche dreißig bis fünfzig Rubel, weil man doch einen gewissen Prozenttag für die Strafen abgeben muß. Jetzt frage ich Sie, was hat jeder von dieser kleinen Summe? Was kann sie ihm nützen?

Bei den kleinen Gehältern, die bei uns üblich sind, würden auch diese paar Rubel sehr angenehm sein.

Tumm sind Sie, und Sie verstehen nicht zu rechnen!

Marie Großglück zornig und begann rasch im Zimmer auf und ab zu gehen. Wir werfen das Geld in den Dreck, wenn wir es so verteilen. Ich werde Ihnen gleich sagen, was mit dem Gelde gemacht wird. Sie werden es in der Lotterie anlegen. Sie spielen, das weiß ich. Perlmann kauft sich einen neuen Anzug, um den Webermädels zu gefallen. Blumenfeld kauft sich blide Musikstücke, Angelmann

kauft seiner Frau einen Frühjahrshut, Schulz verbubelt's mit den Chanjonetten, Bilzel, na, das ist der einzige, der es nicht verschleudert. Er leiht's jemand gegen hohe Zinsen. Und die übrigen? Die verheiratheten alle bis zum letzten Groschen. Und ich soll mein Geld zum Verschleudern geben? Ich kann das nicht machen als anständiger Bürger! rief er, sich in die Brust schlagend.

Steimann lachelte ironisch.

Der Bankier merkte es, setzte sich an seinen Schreibtisch und rief:

Na, übrigens, was soll ich da viel reden; ich mag nicht und ich geh's auch nicht. Für dieses Geld kauf ich mir eine schöne Einrichtung fürs Ezzimmer. Die Herren werden das Vergnügen haben, in der Stadt zu erzählen: unser Chef, Herr Großglück, hat eine neue Ezzimereinrichtung für tausend Rubel. Das macht sich gut! sagte er und lachte bösbartig.

Steimann blickte ihn mit seinen von der Arbeit verblähten und geröteten Augen lange an, bis der Bankier sich unruhig umwandte, ein paar mal das Zimmer durchmaß und sagte:

Na also, ich gebe die Gratifikation. Ich gebe sie schon. Sie sollen sehen, ich weiß die Arbeit zu schätzen.

Er begann rasch die Papierhausen in der Kasse zu durchwühlen, zog schließlich ein Paket vergilbter Wechsel heraus und sah sie aufmerksam durch.

Hier sind Wechsel auf eintausendfünfhundert Rubel, Herr Steimann.

Von der Firma Wassermann u. Co., die sind ausgerechnet einen ganzen Groschen wert, sagte Steimann, die Wechsel musternd.

Das ist doch nicht sicher. Sie wissen, daß die Firma in Liquidation ist, sie kann noch mal auf die Beine kommen und wird dann zahlen hundert für hundert.

Wenn sie fünf für hundert zahlen täten! Aber die zahlen doch keinen Groschen.

Sie haben nun die Wechsel und ich wünsche Ihnen, daß Sie aus der Firma hundertfünfzig für hundert rauspressen. Ich werde die Wechsel gleich auf Sie zedieren.

Ich danke Ihnen, Herr Rat, flüsterte Steimann leise und wollte sich entfernen.

Nehmen Sie doch Ihre Wechsel mit.

Wir haben genug Papier im Kontor.

Er nahm jedoch die Wechsel und ging hinaus.

Der Bankier begann zu arbeiten; er nahm vor allem

das Kassabuch vor, strich die Ueberschrift „Gratifikation“ durch und trug unten die Summe eintausendfünfhundert als ausbezahlt ein.

Nach dieser Operation lachelte er lange und glättete selbstgefällig seinen Nackenbart.

Wald erschien im Arbeitszimmer des Bankiers ein sehr eleganter Jude. Hoch, schlank, einen goldenen Anker auf der krummen Nase, mit einem kleinen, rötlichen Spitzbart. Durch sein Haar, das sich wie Wolle kräufelte, war ein gerader Scheitel gezogen. Seine olivgrünen Augen flattern unruhig von einem Gegenstand zum anderen. Beständig fuhr er mit seiner Junge über seine wulstigen, aufgesprungenen, blau-roten Lippen und verzog sie verächtlich.

Es war Klein, ein naßer Vetter des Bankiers und sein Vertrauter.

Er kam so leise herein, daß der Bankier es gar nicht merkte. Er spähte im Zimmer herum, warf seine Handschuhe auf einen Fauteuil, seinen Hut auf einen Stuhl und ließ sich lässig auf der Ottomane nieder.

Wie geht's dir, Alter? Brumnte er und steckte sich eine Zigarette an.

Mir geht's gut. Aber, du, Bronet, hast mich erschreckt. Man kommt doch nicht so leise rein.

Das wird dir nicht schlecht bekommen.

Was gib't's Neues?

Wiel, sehr viel. Fischbein hat heute ausgeatmet.

Wohl bekomm's! Was war das, Fischbein? Das war ein Musikant, der auf zehn Instrumenten spielte, — mit dem Kopf, mit die Ellenbogen, mit die Knie, mit die Hände und Beine. Was ist das für ein Geschäft? Der eine ließ ihn zehn Rubel verdienen, der andere warf ihn raus!

Man sagt, daß diese Woche Goldberg wird nötig haben abzubrennen, flüsterte Klein leise.

So ein Unglück schadet auch dem Reichsten nicht.

Was hört man von Rotl?

Du, reb' nicht von ihm, das ist ein Lump, das ist ein Dieb, ein Pleitemacher, er will zahlen dreißig Prozent!

Er muß doch auch leben.

Du bist ein Dummkopf, Bronet. Lache nicht, wenn ich verliere an die dreitausend Rubel.

So viel braucht er grad, um zu heiraten, ha, ha, ha!

Er begann zu lachen, und im Arbeitszimmer auf und ab gehend, warf er neugierige Blicke ins Innere der geöffneten Kasse.

(Fort. folgt.)



# Die Lage in Palästina.

## Saifa und Akka von Engländern besetzt.

Konstantinopel, 24. September. Tagesbericht. An der Palästinafront nahmen unsere Bewegungen den geplanten Verlauf. Der Engländer folgt nur schrittweise. Sonst nichts Neues.

Englischer Palästinabericht vom 24. September. Westlich des Jordan zieht sich der Feind auf Amman an der Hedschasbahn zurück. Er wird von australischen, neuseeländischen, westindischen und jüdischen Truppen verfolgt, die es Saifa erreichten. Geschütze erbeuteten und Gefangene machten. Im Norden hat unsere Kavallerie nach geringem Widerstand Saifa und Akka (nördlich Akko) genommen. Die Zahl der Gefangenen wächst. Ihre Gesamtzahl wird die fünfundsiebenzigtausend, die bereits gemeldet wurden, erheblich übersteigen. Arabische Streifkräfte des Königs Hussein haben Raanana genommen und treiben feindliche Truppen, die sich längs der Hedschasbahn nach Norden auf Arman zurückziehen, vor sich her.



## Von Vertagung zu Vertagung. Das Spiel des Herrenhauses.

Die Herrenhauskommission für die Wahlrechtsvorlage sollte eigentlich am Mittwoch wieder zusammentreten. Die Sitzung mußte jedoch auf den heutigen Donnerstag vertagt werden, da die beiden Unterkommissionen mit der Beratung der ihnen zugewiesenen Aufgaben noch nicht fertig geworden waren. Vielleicht wird das am Donnerstag der Fall sein, genau weiß man das nicht, eventuell läßt sich ja wieder vertagen. Am Freitag soll man überhaupt nichts anfangen, der Sonnabend lohnt nicht mehr, und der Sonntag ist Feiertag. Mit Hilfe eines blauen Montag könnte man sich dann bis Monatsende Ruhe schaffen.

Welche wichtige Dinge halten die Unterkommissionen zu beraten, daß deswegen vertagt werden mußte? Die eine zerbrach sich den Kopf über die Gründe, die zur Anerkennung des Wahlrechts führen sollen, insbesondere darüber, wie weit militärische Vorstrafen den Verlust des Wahlrechts nach sich ziehen könnten. Vom Standpunkt derer, die nach immer nicht begriffen haben, daß das Volk den Staat stützt, sondern glauben, daß der Staat gegen das Volk geschützt werden müsse, eine zweifelhafte glückliche Idee. An militärischen Vorstrafen ist ja während eines vierjährigen Krieges, in dem fast alle Männer eingezogen sind, kein Mangel. Wieviel Tausende kann man da ums Wahlrecht bringen, weil sie einmal den Urlaub überschritten oder nicht vorschriftsmäßig gearüht haben!

Die andere Kommission soll sich dafür ausgesprochen haben, in der Herrenhausvorlage zur Regierungsvorlage zurückzufahren und den vom Abgeordnetenhaus verurteilten Aufbau einer ständischen Interessenvertretung fallen zu lassen. Warum bleibt man nicht gleich bei der „alten und bewährten“ Form des jetzigen Zustandes?!

## Der Kanzler der Rechten.

### Lob der Konservativen und alldeutschen Presse.

Eines kann sich Graf Hertling als Erfolg seiner Rede hüten: auf der Rechten ist sie mit großer Zufriedenheit aufgenommen worden. Dafür legen die Blätter der konservativen und alldeutschen Richtung in ihren Kommentaren reichlich Zeugnis ab. In den Blättern der Linken wird mit großer Uebereinstimmung betont, daß der Reichskanzler sich über die wichtigsten und brennendsten Tagesfragen aus geschwiegen, daß er über die ihm bereits bekannten Forderungen der Sozialdemokratie mit Vorbedacht kein Sterbenswortlein geäußert hat. Selbst der „Volk-Anzeiger“ muß zugestehen, daß die Hertling'sche Rede in dieser Richtung dringend einer Ergänzung bedürfe.

Die rechtsstehende Presse macht dagegen aus ihrer Zufriedenheit keinen Hehl, und wo sie einen Tadel ausspricht, geschieht dies in sehr rückhaltender und gemäßigter Form. Eine Ausnahme bildet höchstens die „Deutsche Zeitung“, in deren Besprechung der alldeutsche Heißsporn über den rechtsstehenden Politiker den Sieg davon trägt. Sie klagt, daß die Kanzlerrede nur eine Renaissancelage oder Fortsetzung der Stuttgarter Rede Bayerns gewesen und sich ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden nicht entdecken ließe. — Aber schon die sonst kaum minder heißblütige „Deutsche Tageszeitung“ übt schonende Kritik nicht an dem Inhalt, sondern nur an der Form der Kanzlerrede. Sie hätte zwar gern in Bezug auf das Verhältnis zur Obersten Exekutive dem Regierungsrat noch viel kräftigere Töne gehört, gibt aber „mit Befriedigung“ zu, daß der Kanzler den Punkt überhaupt herabgehoben hat. Auch an den Bemerkungen des Kanzlers über Belgien übt Graf Reventlow nur sehr sanfte Kritik und hebt im wesentlichen die Stellen hervor, in denen sie mit dem Reichskanzler übereinstimmt. Er rühmt ferner, daß der Kanzler zur Kennzeichnung des britischen Verhaltens „manches treffende Wort fand, welches manchem freigesinnten Herzen Schmerz bereitet haben wird.“

Auf einen ähnlich freundlichen und milden Ton ist auch die Kritik der „Kreuz-Zeitung“ gestimmt. Sie steht zwar der Kanzlerrede in einzelnen Punkten „nicht ohne Bedenken“ gegenüber, aber:

In sachlicher Hinsicht können wir im allgemeinen nur unsere Zustimmung zu dem aussprechen, was in den gestrigen Reden ausgesprochen worden ist. Das gilt im besonderen auch von den Darlegungen des Staatssekretärs v. Hünze, zumal über die in Rußland zu beabsichtigende Politik.

Auch die „Tägliche Rundschau“ vermißt in Hertling's Rede lediglich eine schärfere Tonart. Sie kritisiert seine Worte folgendermaßen:

Alles sehr maßvoll, wohl abgetoht, aber mehr in der Defensive, in der lauterer Absicht, zu veröfentlichen und zu belehren. Aber gewisse Punkte moßen sich gar nicht belehren lassen und haben für Sachlichkeit keine Obren. Sie werden auch nicht durch Diplomatie, sondern durch Mann überwinden. Ein Clemenceau wäre unter die Defensisten seiner Kammer mit einem Donnerwetter getreten, hätte ihren verächtlichen Quatsch mit der offenen Anklage auf Landesverrat beantwortet und hätte zweifellos mehr erreicht als Graf Hertling, dem heute schon das „V.T.“ sagt, daß er doch in den Dokus verschwinden müsse.

Die Sehnsucht nach dem deutschen Clemenceau ist charakteristisch für das Volk, das nicht genug beurteilende Worte für Clemenceaus „Gewaltherrschaft“ und „Tyrannei“ zu finden weiß. Auf den französischen Clemenceau wird geschimpft, aber in Deutschland will man es genau ebenso haben. — Ganz entzückt von Hertling ist bereits die konservativste „Post“:

Betrachtet man nun gerade im Hinblick auf die maßlose sozialdemokratische Stimmungsmache dieser Tage die Rede Hertling's, so wird man eine gewisse Genugtuung empfinden müssen. Auf die ganzen Treibereien der Linken und ihre speziell in letzter Stunde diktatorisch weit aufgestellten Forderungen wird nicht eingegangen; noch weniger läßt der Kanzler durchblicken, daß er sich als ein Geschöpf von Scheidemanns und Genossen Gnaden fühlte.

Und ähnliche Lobhudelei für den Kanzler finden auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Will man gerecht sein, wird man allerdings zugeben müssen, daß sich die Regierung nicht nur infolge der inneren Krisis, sondern auch im Hinblick auf unsere Gesamtlage in einer sehr schwierigen Lage befindet und daß sie sich nicht ohne Geschick aus den verschiedenen Schlingen herausgezogen hat. . . . Sehr erfreulich war es auch, daß der Kanzler erneut das Unrecht Belgien's ins rechte Licht rückte, die Redensarten und Heyreden der feindlichen Staatsmänner mit Schärfe zurückwies und unser Recht zur Verteidigung und zur Notwehr hervorhob.

Der Vizekanzler v. Beyer hat es in Stuttgart als die verhängnisvollste Lösung der Wahlrechtsfrage bezeichnet, wenn die Wahlrechtsvorlage mit den Stimmen der Wahlrechtsgegner gegen die der Wahlrechtsfreunde gemacht würde. Für das Deutsche Reich könnte es ebenso verhängnisvoll werden, wenn der durch die Mehrheitsparteien ins Amt gelangte Kanzler sich mit Hilfe der Rechten am Ruder zu halten sucht. Dem Grafen Hertling scheint es einzufließen wenig auszumachen, daß er das Vertrauen der Konservativen für das Mißtrauen der Sozialdemokratie eingetauscht hat. Aber es dürfte sich bald zeigen, daß die Zeit für solche politischen Lastenspielerkunststücken zu ernst ist.

## Die Nationalliberalen gegen das sozialdemokratische Mindestprogramm.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ bringt einen längeren Artikel über das sozialdemokratische Programm, der mit den Worten schließt:

Die Sozialdemokratie will, daß die Regierung und die anderen Parteien im Innern vor ihr kapitulieren, und sie betritt dem Feind gegenüber eine Bahn, die letzten Endes zur Kapitulation nach außen führen muß. Es versteht sich von selbst, daß derartige Bedingungen für die nationalliberale Partei unannehmbar sind.

Das ist wenigstens klar und deutlich! Weniger aufgeregte Geister werden freilich anders urteilen.

## Die Gärung im Zentrum.

Keine feste Meinung äußern! — Die falsche Wahlrechtsprognose.

Innerhalb des Zentrums entstehen immer mehr Kritiker an der Politik und dem Programm der eigenen Partei. Den großen Kundgebungen der Arbeiterführer in Bochum und Köln folgten denkbar schärfste Angriffe des bekannten Zentrumspublicisten Dr. Brauweiler („Düsseldorfer Tageblatt“), und jetzt meldet sich die Wiesbadener „Rheinische Volkszeitung“ mit der Anklage, das Zentrum habe bisher nur Opportunitätspolitik getrieben:

Stand eine innerpolitische Frage zur Verhandlung, dann müßte kaum ein Zentrumsanhänger, wie die Fraktion schließlich stimmen würde. Ein jahrelanger Besucher der Augustinervereinsversammlungen (Verein der Zentrumsprelle) gewesen ist, konnte immer von Seiten der Herren Parlamentarier die gleichen Warnungen vernehmen: „Die Presse darf die Fraktion nicht festlegen“ oder „Wir müssen abwarten, wie sich die Verhandlungen weiter gestalten“. Fast bei jeder innerpolitischen Frage wurde für die Presse die Lösung ausgegeben, keinen klaren Standpunkt und keine feste Meinung zu äußern.“

Sehr interessant ist auch, was der Verfasser über die Stellung des Zentrums zum Wahlrecht ausplaudert. Vor etwa zehn Jahren habe er „einem bekannten Zentrumsführer den Vorschlag unterbreitet, einmal das gleiche Wahlrecht und seine Folgen in der breitesten Öffentlichkeit und mit allen berufenen Instanzen zu besprechen“. Bis dahin sei man allgemein aus innerer Ueberzeugung für das gleiche Wahlrecht eingetreten. Nun wurde aber die Sozialdemokratie die stärkste Partei, eine Entwicklung, an die nicht einmal Windthorst im entferntesten gedacht habe. Und welche Antwort — so heißt es in dem Artikel weiter — „erfolgte auf diese Anregung? Das sei ja alles richtig, aber das gleiche Wahlrecht für Preußen würde doch nicht kommen; was habe es da für einen Sinn, den alten vorklassischen Standpunkt zu verlassen oder Unruhe in die Wählerschaft zu tragen.“

Das erinnert an den Ausspruch des Grafen Galen auf dem westfälischen Zentrumsparteitag, man sei nur solange für das gleiche Wahlrecht eingetreten, als „keine Gefahr bestand, es zu erreichen“.

## Der gelbe Essener Verband gesprengt. Stürmischer Vertretertag in Kassel.

Herr Adorf, der Vorsitzende des gelben Essener Kriegsbeschädigtenverbandes beehet uns noch fortgesetzt mit Verächtlichkeiten, deren Inhalt aber dem Vreßgeschwiebe wie den Tatsachen gleichwertig so erheblich widerspricht, daß wir darüber zur Tagesordnung übergehen. Herr Adorf ist inzwischen aus den Reihen seiner eigenen Mitglieder eine gebührende Antwort zuteil geworden. Am Sonntagabend und Sonntag hielt der „Verband wirtschaftlicher Vereini-

gungen Kriegsbeschädigter“ (Sitz Essen) in Kassel einen Vertretertag ab, der einen überaus stürmischen Verlauf nahm und mit der Sprengung des Verbandes endigte.

Die Tagung war verurteilt durch einen Konflikt zwischen einem großen Teil der Mitglieder und der Adorf'schen Leitung. Vielen Mitgliedern paßte es nicht mehr, wie Adorf, der als Selbstherrscher an der Spitze des Verbandes tat und ließ, was ihm beliebt, den Verband immer mehr in gelbes und alldeutsches Fahrwasser lenkte und gleichzeitig den Interessen der Kriegsbeschädigten vielfach direkt zuwiderhandelte. Bisher hatte Adorf jede Opposition im Verbande mit diktatorischen Mitteln niedergehalten. In Kassel trat sie ihm aber organisiert und geschlossen entgegen, an der Spitze die ältesten Mitglieder und größten Ortsgruppen des Verbandes.

Die Opposition hatte eine umfangreiche Anklageschrift gegen Adorf ausgearbeitet, aus der hier schon einiges wiedergegeben wurde und von der in einer älteren und erfahrenen Organisation der zehnte Teil genügt hätte, um den Führer sofort unmöglich zu machen. Da der Essener Verband aber zum größten Teil aus Kriegsbeschädigten ohne jede organisatorische Erfahrung besteht, so verfiel Adorf immer noch über einen ihm blindlings ergebenen Anhang. Zwischen beiden Teilen kam es wiederholt zu den stürmischsten Ausbrüchen.

Trotz aller Anstrengungen war das Resultat für Adorf eine klägliche Niederlage. Bei den Vorstandswahlen unterlag er mit 228 gegen 249 Stimmen, die auf den Kandidaten der Opposition, Herrn Steingraber-Trosden, den Vorsitzenden der Sächsischen Landesvereinigung, entfielen. In dieser Not beging Adorf und der ihm ergebene Vorstand einen Gewaltstreik. Sie erklärten 98 Stimmen des Sächsischen Landesverbandes, die auf Steingraber gefallen waren, kurzerhand für ungültig und Adorf mit 228 gegen 151 Stimmen für gewählt.

Die Folge war der sofortige Bruch. Die Opposition der rheinisch-westfälischen Ortsgruppen erklärte mit über 10 000 Mitgliedern geschlossen ihren Austritt. Auch der Sächsische Landesverband dürfte nach dieser Provokation kaum noch bei Herrn Adorf verbleiben. Jedenfalls sind weitere Austritte aus dem Verband sicher zu erwarten. Da Rheinland-Westfalen und Sachsen bisher die Hauptzentren des Essener Verbandes waren, so hat der Gewaltstreik des Herrn Adorf ihm nur noch die Herrschaft über einige Trümmer der Organisation gesichert.

Bei einem großen Teil der Ausgetretenen besteht starke Neigung, sich mit dem „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ zu verschmelzen.

## Sozialdemokratische Wählerversammlung in Berlin I.

### Unabhängige Värmizenen. — Auflösung der Versammlung.

In vollbesetztem Saale der Habelbrauerei sprach gestern Abend Genosse Heilmann Demohl von vornherein freie Diskussion nach der Rede unseres Kandidaten zugelegt war. veruchte doch eine Anzahl Unabhängiger mehrfach gegen den Protest der Versammlung seine Ausführungen zu unterbrechen. Genosse Heilmann fand mehrfach den lauten Beifall der meisten Wähler. (Wir werden morgen ausführlich über seine Darlegungen berichten.) In der Diskussion sprachen zuerst drei Unabhängige, deren Einwürfe vom Genossen Schöpflin bündig abgewiesen wurden. Nach ihm kamen wieder Unabhängige zum Wort, die jeder Sachlichkeit geflissentlich aus dem Wege gingen. Als Genosse Richard Fischer das Wort ergriff, boien die lebhaften Aufhebungen schließlich der Polizei Anlaß zur Auflösung.

In dieser sozialdemokratischen Versammlung sind sieben „unabhängige“ und zwei sozialdemokratische Redner zu Wort gekommen. Als der dritte Sozialdemokrat sprechen sollte, wurde dieser durch Ständal am Reden gehindert!

Die sozialdemokratische Leitung hatte den Unabhängigen volle Redefreiheit zugesichert, sie hat ihr Wort auch gehalten. Ruhig hörte die in ihrer Mehrheit aus Heilmann's Anhängern bestehende Versammlung die Unabhängigen an. Die unabhängige Minderheit hielt das entgegengesetzte Verhalten für richtig.

Die Wähler haben also erfahren, wer demokratische Freiheit achtet und wer nicht. Danach werden sie sich zu halten wissen!

## Parteinachrichten.

Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs hält vom 31. Oktober bis 3. November dieses Jahres ihren Parteitag in Wien ab. Die vorläufige Tagesordnung enthält u. a. folgende Beratungsgegenstände: Der Friede und die Internationals. Staat und Nationen in Oesterreich. Volksernährung und Arbeiterrecht. Der Wiederaufbau der Parteiorganisation.

Eduard Schödel, eines der ältesten und eifrigsten Partimitglieder der Wülheimer Parteiorganisation, ist auf einer Krankenensammelhalle im Westen gestorben. Auch in der Gewerkschaftsbewegung, besonders in seiner Verufsorganisation, dem Zimmererverband, hat er stets seinen Mann gestellt und wichtige agitatorische und Verwaltungsarbeiten geleistet. Schödel war einer von denen, die wenig Worte machen, aber immer zu Taten bereit sind. Sein früherer Tod — er hat nur ein Alter von 39 Jahren erreicht — hat seiner Tätigkeit für die Bewegung, die er bald wieder aufzunehmen hoffte, für immer ein Ziel gesetzt.

## Letzte Nachrichten.

### Belgisches Weisbuch über Deutsch-Ostafrika.

Bruxelles, 25. September. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Le Havre: Die belgische Regierung hat ein Weisbuch veröffentlicht, worin sie die Angaben über belgische Grausamkeiten in Deutsch-Ostafrika zu widerlegen sucht und auch befreitet, daß Plünderungen in Tabora vorgekommen seien.

### Die spanische Grippe in Nordfrankreich.

Genf, 25. September. „Petit Parisien“ meldet das Ausbrechen der spanischen Grippe in Nordfrankreich. In Verdun-sur-mer und Saint Valery seien zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen. Auch in Burgund wird die neue Epidemie gemeldet. Besonders in Macon seien Todesfälle zu beklagen. Infolge der zunehmenden Dysenterie-Epidemie im Osten von Paris veröffentlichten die Blätter eine offiziöse Note betreffs sanitärer Maßregeln zur Bekämpfung der Krankheit. Während bisher nur Fälle in der Baumweide festgestellt wurden, meldet „Petit Parisien“ das Uebergreifen der Epidemie auf das 20. und 12. Arrondissement von Paris.

# Gewerkschaftsbewegung

## Lohnunterschiede der Zimmerer bei der Firma Albatros.

Vor einigen Wochen sind die Zimmerer der Firma Albatros, Flugzeugwerke in Berlin-Johannisthal, durch den Arbeiterschuß wegen einer Lohnverhöhung vorzeitig geworden. Da die Firma eine Einigung ablehnte, riefen sie gemäß § 18 des Hilfsdienstgesetzes den Kriegsausschuß für die Berliner Metallbetriebe an. Nach eingehenden Verhandlungen am 12. und 19. September hat der Kriegsausschuß den folgenden Schiedspruch gefällt:

Der Lohnstundenlohn von 1,80 M. soll auf 1,90 M. erhöht werden. Der Stundenlohn ist nachzuschlagen, soweit Stundenarbeit geleistet worden ist, vom 12. September 1918 ab.

Diesen Schiedspruch haben die Zimmerer ihre Zustimmung erteilt, während die Firma ihn abgelehnt hat.

Gestützt auf die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, welche vorschreiben: Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedspruch nicht, so ist den beteiligten Arbeitnehmern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechnigte Bescheinigung zu erteilen, verlangen die Zimmerer den Abschleichen, letzterer wurde verweigert.

Bei dieser Gelegenheit hat die Firma nun allerlei Anspielungen und Bemerkungen gemacht, wie zum Beispiel: Der Meister hat den Auftrag erhalten, sofort eine Liste der Reklamierten aufzustellen, damit der Direktor der Firma einen Bericht an des General-Kommando machen kann.

Aus dem Grunde sei hiermit öffentlich festgestellt, daß nicht die Zimmerer, sondern die Firma selbst den ausgebrochenen Konflikt verschuldet hat.

Der verlangte Abschleichen wird den Zimmerern jetzt vom Kriegsausschuß ausgestellt. Dagegen werden die Zimmerer Klage beim Reichsgericht wegen Nachzahlung von 10 Pf. pro Lohnstunde vom 12. September ab und Ersatz des Schadens, der ihnen durch das geschuldete Verhalten der Firma wegen Nichterteilung des Abschleichen erwachsen ist.

## Unterwirft ein militarisierter Betrieb auch dem Hilfsdienstgesetz?

Der Schlosser Th. von der Firma D. W. F. will einen Abschleichen, weil er als gebildeter Langarbeiter in einem anderen Betriebe durch bessere Ausnutzung seiner Fähigkeiten eine bessere Position erhalten kann.

Der in Frage kommende Betrieb der D. W. F. in dem vor einigen Wochen eine größere Anzahl Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt hatte, steht unter militärischer Leitung. Aus dem Grunde hat die Firma die Vorladung vor den Kriegsausschuß nicht befolgt und erklärt, daß sie die Leitung des Betriebes zurzeit nicht habe, sondern die Militärbehörde, und sie deshalb nicht vor dem Kriegsausschuß erscheinen werde. Die militärische Leitung des Betriebes habe sich vorbehalten, selbst zu entscheiden, wer entlassen werden darf und wer nicht.

Es entstand nun die Frage, ob der Betrieb der D. W. F. unter diesen Umständen dem Hilfsdienstgesetz und damit dem Urteil des Schlichtungsausschusses unterliege. Vorweg sei noch erwähnt, daß die Arbeit des Schlossers Th. überhaupt der Beschwerdeführer, mit der Angelegenheit der Arbeiterinnen nichts zu tun hat. Die Differenz der Arbeiterinnen selbst ist auch schon seit längerer Zeit erledigt.

Der Kriegsausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß der Betrieb trotz der Militarisierung dem Hilfsdienstgesetz unterliege und die Beschwerde des Schlossers gemäß § 9 des Hilfsdienstgesetzes zu erledigen sei. Da es Wespfliegenheit des Kriegsausschusses ist, daß, wenn trotz

rechtzeitiger Einladung keine Vertretung der besagten Firma zur Sitzung erscheint, dem Beschwerdeführer der Abschleichen zugesprochen wird, hätte nunmehr dem Schlosser Th. ohne weiteres der Abschleichen ausgestellt werden müssen. In diesem Falle hat der Kriegsausschuß aber anders gehandelt, und zwar in der Annahme, daß die Firma im guten Glauben war, als sie keinen Vertreter schickte. Die Erledigung der Beschwerde wurde deshalb um eine Woche vertagt, und die Firma sollte nochmals geladen werden unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß, wenn auch zu der neuen Sitzung eine Vertretung der Firma nicht erscheint, die Sache unter allen Umständen verhandelt wird.

Zu der erneut angelegten Verhandlung erschien wieder kein Vertreter der Firma und dem Kriegsausschuß wurde die Mitteilung gemacht, daß der derzeitige militärische Leiter des Betriebes keine Zeit habe. Daraufhin hat der Kriegsausschuß die Sache erledigt, und zwar in der Weise, daß dem Schlosser Th. der Abschleichen sofort ausgehändigt wurde. Der Kriegsausschuß kam zu dieser Entscheidung, weil die Firma trotz Hinweis auf die Folgen nicht erschienen war und aus dem Hilfsdienstgesetz nicht zu ersehen ist, daß der Militärbehörde ein besonderes Recht eingeräumt ist, das irgendwie Veranlassung geben könnte, anders zu entscheiden als wie geschehen.

## Die Lohnverhältnisse der Metallformer.

Die Ergebnisse einer Statistik, welche die Branchenleitung der Metallformer und Berufsgehilfen aufgenommen hat, wurden in der Branchenversammlung am Montag besprochen. Die Statistik erstreckt sich auf 34 Betriebe, welche 685 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. In 16 Betrieben wird nur in Lohn, in 18 Betrieben sowohl in Lohn als in Akkord gearbeitet. Die Akkordarbeit ist während des Krieges erheblich zurückgegangen, während die Lohnarbeit zugenommen hat. 170 der Beschäftigten arbeiten nur in Lohn. Die festgestellten höchsten Sätze der Stundenlöhne betragen für Former 2,80 M., für Westler 2,00 M., für Kernmacher 2,00 M., für Kernmacherinnen 1,20 M., für Schmelzer 2,50 M., für Zuleger 2,00 M., für Hilfsarbeiter 1,80 M. In vielen Fällen bleiben die Löhne hinter den hier angeführten Höchstsätzen noch erheblich zurück. Besonders wurde erwähnt, daß die Lohnverhältnisse bei Vorka bei weitem nicht zu den besten gehören und daß sie wesentlich niedriger sind als die Löhne, welche die Firma Schmarhoyff zahlt.

Die Versammlung machte den Kollegen zur Pflicht, in allen Betrieben, wo ungünstige Lohnverhältnisse herrschen, eine entsprechende Aufbesserung zu fordern. Das Ziel müsse sein, die ermittelten Höchstsätze überall zu erreichen. — Da die Zahl der Kernmacherinnen erheblich zugenommen hat, ein großer Teil davon aber der Organisation fernsteht, so sollen die männlichen Kollegen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß sich die weiblichen Arbeitskräfte dem Verbände anschließen.

## Auf den Gebrauch des Koalitionsrechts folgt die Hungerpeitsche.

Wie wenig einzelne Unternehmer geneigt sind, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu respektieren, beweist ein Fall, von dem die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ Kenntnis gibt. Einer in dem Fitting-Werke in Singen-Hohentwiel beschäftigten Arbeiterin, Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, wurde, weil sie während der Pause Einladungszettel verteilt hatte, folgendes Schreiben vom 31. August 1918 übermittleit:

Wir haben Veranlassung, das mit Ihnen vereinbarte Mietverhältnis hiermit auf 30. September d. J. zu kündigen, und ersuchen Sie, die Wohnung auf diesen Termin zu räumen.

Aber nicht allein, daß der Arbeiterin wegen der Ausübung des ihr gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts die Wohnung gekündigt wird, erklärte ihr auch zugleich der Direktor Wanner: „Wenn ich nochmals das Beringste höre, werden Sie fortgejagt.“

Der christlichen Arbeiterin, die, wie das Blatt weiter mitteilt, die Ernährerin ihrer alten Mutter ist und deren Bruder für Heimat

und Herd kämpft, werden sich angesichts eines solchen Vorgehens sonderbarer Gedanken bemächtigen.

Daß es im fünften Kriegsjahre noch Unternehmer gibt, die die Anwendung des Koalitionsrechts mit Obdachlosigkeit bestrafen und mit Protzlosmachung bedrohen, muß selbst in der christlichen Arbeiterschaft eine empörende Stimmung auslösen.

## Gegen weitere Steuerbelastung der Gastwirte.

Der Zentralverband Deutscher Wirtevereinigungen, der mit 80 000 Mitgliedern die größte Organisation der Gast- und Schankwirte Deutschlands ist, eröffnete am Mittwoch seine Hauptversammlung im Festsaal des Charlottenburger Schillertheaters.

Besonderes Interesse hatte ein Referat des Redakteurs Diehle-Berlin, das die Steuererhebung und die Kriegsverordnungen besprach. Er führte unter anderem aus: Das Gastwirts-gewerbe, namentlich die Inhaber kleiner Betriebe leiden schwer unter den Wirkungen des Krieges. Die Steuerbelastung des Gastwirts-gewerbes ist so drückend, daß eine weitere Belastung den Zusammenbruch zahlloser Existenzen zur Folge haben muß. Die Verschlagnahme der Kupfergeräte und Wäschefilze hat den Wirten großen Schaden gebracht. Die steuerlichen Belastungen der Genussmittel müßten bisher fast restlos von den Gastwirten getragen werden. Trotzdem ist das Gewerbe durch die Getränkesteuern erneut außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Bei dem ungeheuren Steuerbedarf der Bundesstaaten und Gemeinden nach dem Kriege ist zu erwarten, daß die Schankkonzessionsgebühren, die Betriebssteuern, die Luftfahrtssteuer, die Automatensteuer sowie die örtlichen Abgaben für Getränke usw. eine weitere Ausdehnung zum größten Schaden des Gastwirts-gewerbes erleiden werden. Soll das Gewerbe nicht völlig zusammenbrechen, so muß es vor weiteren Opfern in Zukunft verschont bleiben.

Der Vorsitzende Krauß betonte: Wenn eine weitere Steuerbelastung des Gastwirts-gewerbes erfolge, so säge die Regierung den Ast ab, auf dem sie sitzt.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt und dem Bedauern Ausdruck gibt, daß die Wünsche des Gewerbes bei der Schaffung der Getränkesteuer seitens des Reichstages so wenig Berücksichtigung gefunden habe. Die Wirte hätten besonders erwartet, daß sie beim Weinsteuergesetz allgemein als Verbraucher betrachtet wären. Die Kontrollvorschriften des Weinsteuergesetzes verursachen den Wirten, die jetzt meist von Frauen geführt werden, eine Arbeit, die kaum erfüllt werden kann. Die Versammlung wünscht deshalb eine diese Härten beseitigende Revision des Gesetzes und erwartet von der Reichsregierung, daß bei der Beratung aller das Gastwirts-gewerbe betreffenden Fragen die Vertretung des Zentralverbandes gehört werde.

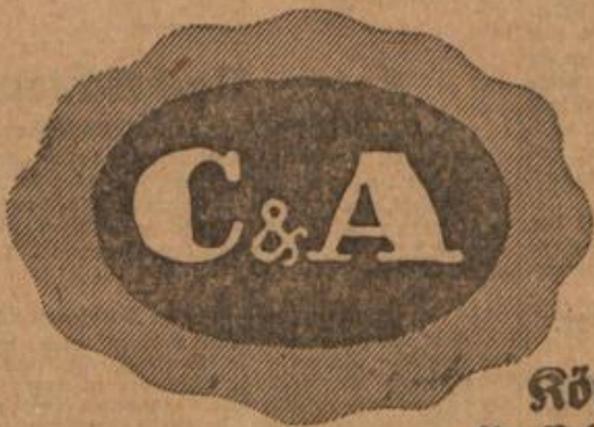
## Eine außerordentliche Landeskongress der Gewerkschaften Württembergs

nahm im Beisein militärischer und staatlicher Behörden Stellung zur mangelhaften Nahrungsmittelversorgung. In längeren Ausführungen erörterte Abg. Wenose Ratutai die trostlosen Zustände in der Lebensmittelversorgung, deren Ernst bei den Behörden völlig verkannt werde. Nicht so sehr der Mangel an sich, sondern die völlig ungleiche Verteilung, besonders auch die gute Versorgung der ländlichen Selbstversorger in den Bezirken erzeuge und steigere die Verbitterung bei der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft. Nach einer mehrstündigen Aussprache gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der u. a. die reißende Erziehung und Zwangsdienstleistung aller Lebensmittel und eine der ungenügenden Ernährung der Arbeiter entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit gefordert wird.

Bevornstellig für Politik: Erich Gattner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Scholz, Kaufbeuren; für Anstalten: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Haul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

# Gefällt's Ihnen?

Es ist eines der entzückenden Mantelkleider, wie sie in außerordentlicher Reichhaltigkeit bei uns vorrätig sind und unweigerlich Gefallen bei unserer Kundschaft erwecken. Es ist aus einer kräftigen, einfarbigen Ware in verschiedenen Farben hergestellt, elegant in einer Länge von ungefähr 130 cm verarbeitet und es wirkt besonders reizvoll durch seine reiche Kragen- und Taschenverzierung. Und bei alledem kostet es nur M. 179. —



Rönigstr. 33      Chausseestr. 113  
Am Bahnhof Alexanderplatz.      Beim Stettiner Bahnhof.  
Sonntags geschlossen!